

Politische Berichte ★

Nummer 6/15. Jahrgang

25. März 1994

G 7756 D Preis 2,00 DM

Politische Berichte

Zeitung für sozialistische Politik.

Erscheint vierzehntäglich. Einzelpreis 2,00 DM. Jahresabo: 65 DM,
ermäßigtes Abo: 39 DM, Förderabo 78 DM

Redaktionsanschrift

GNN-Verlag, Postfach 260 226, 50515 Köln.

Hausadresse: GNN-Verlag, Zölpicher Straße 7, 50674 Köln.

Telefon: 02 21/21 16 58, Fax: 02 21/21 53 73

Pflegekompromiß gegen Rechte der Behinderten

Interessenvertretung „Selbstbestimmt Leben“:
Das Gesetz ist „verfassungswidrig“

Nach einer ersten kurzen Bewertung der von Bundestag und Bundesrat nunmehr verabschiedeten Pflegeversicherung muß nach Ansicht des Behindertenverbandes Interessenvertretung Selbstbestimmt Leben Deutschland – ISL e.V. – davon ausgegangen werden, daß diese jedenfalls in zwei Punkten gegen die Verfassung verstoßen dürfte:

Nach § 30 Abs. 1 Nr. 1 SGB XI ruhen die Ansprüche auf Leistungen, solange sich der Versicherte im Ausland aufhält, und zwar auch während eines vorübergehenden Aufenthalts. Dies bedeutet, daß Pflegebedürftige bei Reisen ins Ausland (Urlaub, Dienstreisen etc.) ihren Anspruch auf Pflegeeinsätze oder Pflegegeld verlieren, obwohl sie ihre Pflegeperson oder ihre Pflegekräfte auch hier mitnehmen müssen, um die Pflege zu gewährleisten. „Dieses faktische Ausreiseverbot für (pflegebedürftige) Behinderte verstößt m.E. gegen Art. 2 GG (Freiheitsrechte), der nach der ständigen Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts auch die Möglichkeit gewährleistet, ungehindert ins Ausland zu reisen. Dies hat das BVerfG bereits in einem Urteil vom 16.1.1957 (amtliche Entscheidungssammlung BVerfGE Band 6, Seite 32) ausdrücklich wohl auch in Abgrenzung zum Ausreiseverbot der DDR festgehalten und seitdem ständig bestätigt“, erklärte Dr. Andreas Jürgens, rechtspolitischer Sprecher der ISL e.V. Hier sollte sogar in Erwägung gezogen werden, daß die einzelnen hiervon betroffenen Behinderten Verfassungsbeschwerden gegen diese Vorschrift der Pflegeversicherung erheben. Zudem dürfte diese Regelung gegen die EU-Richtlinie 1408 verstoßen, nach der Sozialversicherungsleistungen jedenfalls

der Mitgliedsländer auch im (EU-)Ausland erbracht werden müssen.

Nach § 32 Abs. 4 und § 39 Abs. 2 Satz 4 SGB XI können bei Pflegebedürftigen der Pflegeklasse III „zur Vermeidung von Härten“ über das ansonsten festgesetzte Maß hinaus Leistungen der ambulanten oder stationären Hilfen erbracht werden, wenn ein Pflegeaufwand erforderlich ist, der das übliche Maß weit übersteigt. Dabei müssen die Pflegekassen sicherstellen, daß diese Vorschrift nur auf höchstens 3% (ambulante Hilfe) oder 5% (stationäre Hilfe) angewandt wird. Diese Vorschriften verstoßen wegen Unbestimmtheit gegen das Rechtsstaatsgebot (Art. 20 GG) und zudem gegen den Gleichheitsgrundsatz (Art. 3 Abs. 1 GG). Unbestimmt deshalb, weil die Voraussetzungen, wann eine Härte vorliegt, nicht dem Gesetz zu entnehmen sind. Pflegestufe III setzt bereits einen „rund-um-die-Uhr“-Hilfebedarf voraus, also den höchstmöglichen, der überhaupt vorstellbar ist. Ein über 24 Stunden pro Tag hinausgehender Bedarf ist nicht vorstellbar. Verstoß gegen den Gleichheitsgrundsatz vor allem deshalb, weil nur ein quotenmäßig festgelegter Personenkreis in den Genuß der erhöhten Leistung kommt. „Wer das Pech hat, seinen Antrag erst zu stellen oder erst pflegebedürftig zu werden, wenn die Quote bereits erfüllt ist, fällt hinten runter, auch wenn bei ihm genau die gleichen Merkmale der Pflegebedürftigkeit vorliegen wie bei denjenigen, die (zufällig) unter die Quote fallen. Das heißt, im wesentlichen Gleiches wird im Ergebnis ungleich behandelt. Dies ist ein Verstoß gegen Art. 3 Abs. 1 GG“, so Dr. Jürgens weiter.

„Wenn sich die Parteien auch nur halb soviel um die inhaltliche Ausgestaltung der Pflegeversicherung bemüht hätten, hätten wir es jetzt nicht mit einem solchen Mangelwerk zu tun, unter dem viele behinderte Menschen leiden werden müssen. Daher fordern wir, daß endlich das Gespräch mit den Betroffenen selbst in dieser Sache gesucht wird und die notwendigen inhaltlichen Veränderungen vorgenommen werden, um vom Bevormundungscharakter der Pflegeversicherung wegzukommen und mehr Selbstbestimmung für die Betroffenen zu ermöglichen.“ so Uwe Frehse, sozialpolitischer Sprecher der ISL e.V.

Quelle: Presseerklärung der Interessenvertretung „Selbstbestimmt Leben“ Deutschland ISL e.V. (Pressestelle: Kurt-Schumacher-Str. 2, 34117 Kassel, Tel. 0561/779755, Fax: 0561/713132) vom 15. März 1994, aus: CL-Net



Bundesdeutsche Behörden haben in den letzten Tagen versucht, die Durchführung von kurdischen Newroz-Festen zu verhindern. In Berlin, Frankfurt, Köln und Augsburg protestierten Kurdinnen und Kurden gegen diese Verbote. (Unser Bild: Autobahnblockade bei Augsburg). Allein in Augsburg ermittelt jetzt die Staatsanwaltschaft gegen über 500 Personen. CSU-Innenminister Beckstein

und Bundesinnenminister Kanther (CDU) verlangen harte Strafen und sofortige Abschlebung von „verurteilten Gewalttätern“. Berichte und Dokumente über die Auseinandersetzungen in der BRD auf Seite 5, zum kurdischen Newroz, den kommenden Kommunalwahlen in der Türkei und den Angriffen gegen bundesdeutsche Delegationen in Kurdistan auf Seite 6. — (rül)

Deutschlands Ritt nach dem Baltikum

Von
Winfried Hauck

Im August sollen aus der Ex-DDR die letzten russischen Truppen abziehen. Selbst wenn sich der Abzug verzögern würde, könnten die Russen damit keinen Blumentopf mehr gewinnen. Ihr strategisches Vorfeld ist unwiderruflich verloren. Völlig anders stellt sich die Lage im Baltikum dar. Auch hier sollen — nach dem Willen der Letten und Esten und ihrem deutschen Schirmherrn — im August die letzten russischen Bataillone abziehen. Aber die ziehen nicht so recht, wissen sie doch, daß dann ihre Nordostflanke bloßliegt. Aber das ginge ja noch, würde das Baltikum zur neutralen Zone erklärt und würden Schweden und Finnland als direkte Anrainerstaaten neutral bleiben. Dem ist aber nicht so. Mit dem Anschluß Finnlands und Schwedens an die EU steht ein Nato- oder WEU-Beitritt an: Rußland ist damit auch von Norden her eingekreist. Aber nicht genug damit: auch die Baltenvasallen streben so schnell wie möglich unter den Nato-Schutz zu kommen. Wüßten sie nicht, daß sie so mächtige Schutzpatrone im Westen, speziell in Deutschland haben, würden sie sich nicht so aufführen und Rußland bis aufs Messer reizen. Denn wenn einmal die Nato im Baltikum und in Finnland festsitzt, dann „Gute Nacht“ Rußland, stehen doch dann Nato-Truppen, selbstverständlich auch deutsche Soldaten an der Narva, wo sie schon im 1. und im 2. Weltkrieg gestanden haben. Sie stehen dann vor den Toren St. Petersburgs, dem ehemaligen Leningrad, das der 900 Tage langen Belagerung durch die Hitlerwehrmacht siegreich stand-

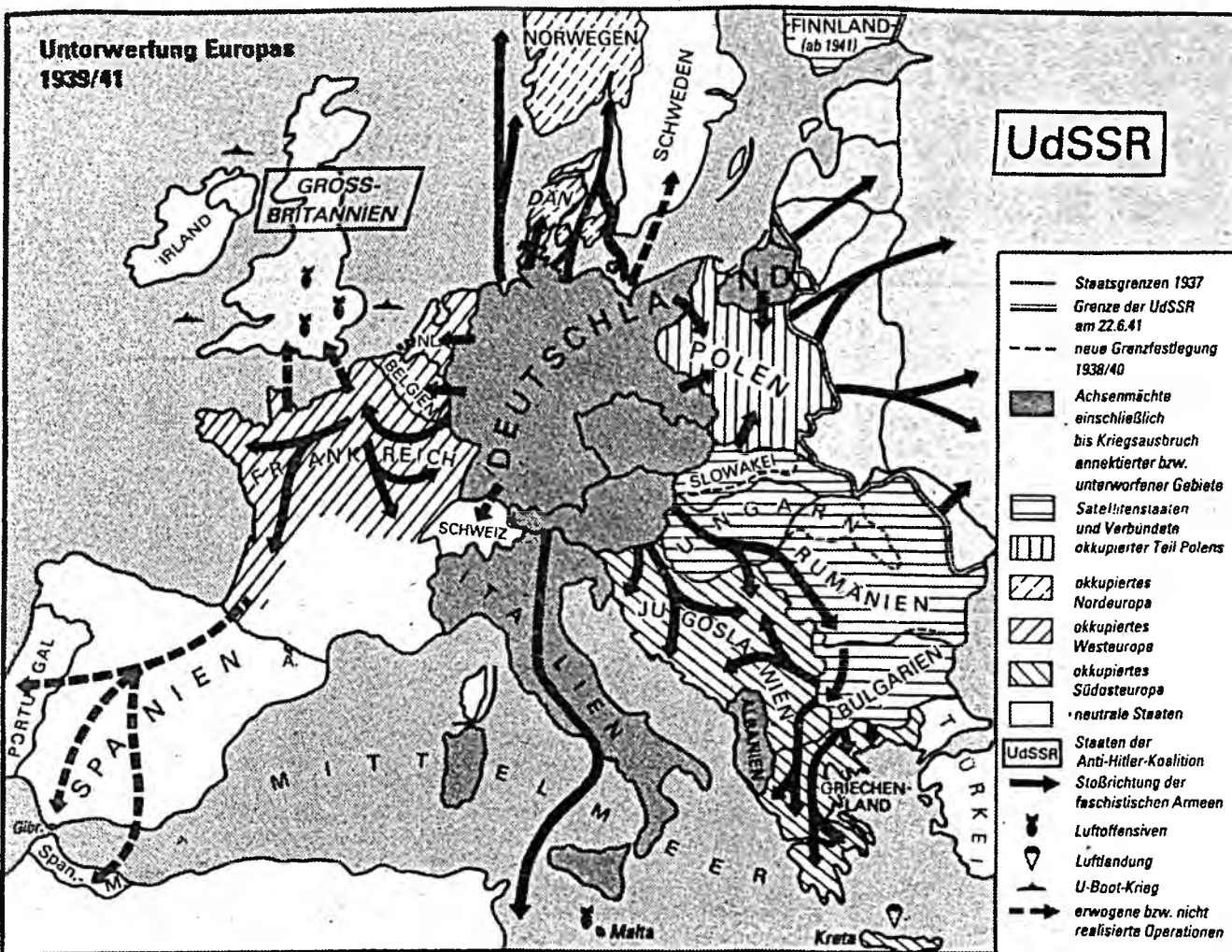
hielt. Was würden die Bayern in einer ähnlichen Lage sagen, wenn die Russen sich in Kufstein 100 km vor den Toren Münchens breitmachen und „unser schönes Bayernland“ bedrohen würden! Eine solch bedrohliche Stationierung würde man nie und nimmer dulden. Rußland aber will man das schon zumuten: die werden es schon schlucken müssen! Angesichts des sich bedrohlich zusammenziehenden Rings hat Verteidigungsminister Gratschow das Gebiet um Kaliningrad zur „Sonderverteidigungszone“ erklärt. Angeblich sind dort noch mehrere (!) 100 000 russische Soldaten aus der Konkursmasse der Ex-DDR stationiert. (SZ, 16.3.) Wie lange wird sich Kaliningrad als letzte Bastion halten können? Sind einmal Polen und das Baltikum in der Nato, muß der Sperrriegel zwischen diesen Ländern weg und der freie Truppenabzug gewährleistet werden. Insofern ist die vehemente Forderung nach Truppenabzug aus Lettland nur das Vorgetuschelte für die Forderung: Russen raus aus Ostpreußen! Wie weit ist Moskau erpressbar und läßt sich darauf ein? Schon hat Schirinowski verkündet: „Darüber läßt sich reden.“

Sind die Interessen
Rußlands legitim?

Sollen die Truppen abziehen oder bleiben? Rußland hat die Signale aus München, wo über die Nato-Ost verhandelt wurde, vernommen und versucht, ver-

(Fortsetzung Seite 2)





Fortsetzung von Seite 1:
Deutschlands Ritt ...

stärkt auf der europäischen Bühne aufzutreten. Moskau will nicht abgehängt werden, will in Serbien als Friedensanwalt vermitteln, stellt sich unter die „Partnerschaft für den Frieden“, in der Hoffnung, bei den USA oder Frankreich auf Verständnis für seine vitalen Interessen im Baltikum oder in der Ukraine zu stoßen. Das ist so unklug nicht, denn die EG und die USA haben in einer Art Neuauflage der „Anti-Hitlerkoalition“ dem Vorstoß Deutschlands zur Nato-Ostverschiebung eine rüde Abfuhr erteilt. Aber aufgeschoben ist nicht aufgehoben.

Nach dem Aus der SU hat sich eine wahre Büchse der Pandora aufgetan: bis zu 70 Krisenherde sind an den Rändern der Ex-SU ausgebrochen. Alle Länder vom Baltikum über Moldawien, Ukraine und Georgien ... erhoffen sich ihr Heil außerhalb der Ex-SU, in der Hoffnung, für ihren Abfall von der SU von teils mächtigen Herren gebührend belohnt zu werden. Moskau wiederum will nicht, daß Rußland auf dem territorialen Stand Peters des Großen bleibt, zumal der Westen, vor allem Deutschland in das entstandene Machtvakuum nachstößt und damit den ehemaligen Sicherheitsgürtel um Moskau zerreißt.

Die deutsche Einmischung

Die „Tonlage hat sich im Kreml verhärtet“. Jelzin steht unter Druck. Der nationalistische Igor Artjonow verkündet: „Die russische Föderation ist nicht das Endstadium. Die Zukunft gehört einem Ostslawischen Bund mit Weißrußland und der Ukraine.“ „Niemand wird Moskau an der Re-Integration hindern können“, so A. Puschkow. Auf die Frage: „Dürfen die Balten draußen bleiben?“ antwortet Kosyrew Berater Lukow indirekt, es gehe natürlich nur um den Minderheitenschutz für die Russen. Dennoch: „Wir reden jetzt schärfer mit den Esten und Letten.“ (alles aus SZ, 18.3. „Der Schirinowski, der in Jelzin steckt“)

„Kinkel verlangt erneut Abz ...

dem Baltikum“, titelte die SZ v m 12.3. Er hat bei einem Treffen seiner Schützlinge (die 3 baltischen Außenminister) unmißverständlich bekräftigt, das Baltikum aus jahrhundertalter Fremde und Zwangsherrschaft befreit „unumkehrbar in Europa zu verankern“. Baltische Befürchtungen sollten entkräftet werden, ein zweites Mal von Europa vergessen zu werden.

Der nach Bonn zitierte russische Verteidigungsminister Gratschow „hat sich eine deutsche Einmischung in den Streit um den Abzug der russischen Truppen aus dem Baltikum verboten ... und den Rückzug als „innere Angelegenheit seines Landes“ bezeichnet.“ (SZ, 10.3.)

Die „innere Angelegenheit“ wurde gleich als „Interventionszone“, als „Re-Integration des nahen Auslands“, als russisches Bedrohungsszenario in Anschlag gebracht. Das ist erst mal ein Krieg in Worten, aber wie schnell können dem Taten folgen! Denn im Baltikum steht Kinkels Anspruch großdeutscher Politik auf dem Prüfstein: „Wir sind aufgrund unserer Mittelage, unserer Größe und unseren traditionellen Beziehungen zu Mittel- und Osteuropa dazu prädestiniert, den Hauptvorteil aus der Rückkehr dieser Staaten nach Europa zu ziehen.“ Und so werden die 700 Jahre alten traditionellen Beziehungen von den Schwertbrüdern, den Deutschherrenorden über die Hansa bemüht, um die Rückkehr zu Abendland und Kirche abzufeiern. So dürfen nur die ins europäische Haus, die eine solche Tradition nachweisen können. „Die Vorstellung eines lateinisch und rechtlich geprägten Europa liefert auch Hinweise darauf, welche Völker dazugehören. Sofort bejahen kann man das für die baltischen Staaten, Polen, Ungarn, Tschechien und die Slowakei sowie Rumänien. Für die Zerfallsprodukte des ehemaligen Jugoslawiens steht die Antwort noch aus, jedenfalls für die muslimisch geprägten. Eindeutig verneinen wird der Historiker die Europazugehörigkeit Bulgariens und der Türkei, zweifeln wird er bei den Nachfolgestaaten der SU.“ (Prof. Dr. Stolleis, Uni Ffm, aus „Polit. Studien“, Hanns-Seidel-Stiftung, Nr. 330) Das ist die ethnisch-kulturelle völkische Raumordnung für Osteuropa unter Deutscher

Vorherrschaft! Die Balten gehören zu den Auserkorenen, zu den Europarückkehrern aus jahrhundertalter Gefangenschaft. Und was man einmal hat, das läßt man nicht so leicht wieder los. Deswegen das pompose Tamtam in der Presse. So die Welt: „Das Baltikum war und bleibt eines der Zonen Europas, in der die großen tektonischen Verschiebungen unserer Zeit besonders sensibel registriert werden. Hier liegt eine entscheidende Bewährungsprobe für die neuen Prinzipien staatlichen Zusammenlebens ... Das Baltikum ist Prüfstein für die Sicherheitsstruktur Europas ... Gradmesser für das Zusammenwachsen unseres Kontinents zu einer ursprünglichen Einheit nach Jahrzehnten erzwungener Trennung ... Ohne Stabilität im Baltikum wird sich Stabilität für Europa als Ganzes nicht verwirklichen lassen.“ Das sind klare Drohungen an die Adresse Moskaus, es nicht zu weit zu treiben und seine Finger aus dem Spiel zu lassen, denn sonst steht die Sicherheit Europas auf dem Spiel. Andererseits pokert Deutschland sehr hoch, gerade weil es einen militärischen Alleingang noch nicht riskieren kann: Das Baltikum ist nicht der Balkan und in einer militärischen Auseinandersetzung im Baltikum würde sich Berlin direkt mit der noch zweitgrößten Militärmacht anlegen. Das ist noch eine Nummer zu groß, zumal Berlin nicht sicher ist, ob die anderen EG-Staaten und die USA sich ins Schlepptau Berlins in dieser so hochsensiblen Frage ziehen lassen. „Die Amerikaner reagieren mit langen Zähnen, wenn vom Sicherheitsdefizit nicht nur der Balten ... die Rede ist.“ (SZ, 10.3.) So warnt die SZ vom 19.3. angesichts der bestehenden „balance of power“, der sich gegenseitig blockierenden Kräfte: „Die deutsche Außenpolitik läuft Gefahr zu unterschätzen, wie lebendig noch die Gespenster der Vergangenheit in Europa spuken. ... Die Deutschen sind der Hauptprofiteur vom Ende des Kalten Krieges und nun auch noch vom Zusammenwachsen Europas. Wer derart unerschämtes Glück hat, sollte alle Sensibilität, zu der er fähig ist, wachhalten, um die Nervosität westlich des Rheins richtig zu verstehen und rechtzeitig dämpfen zu können.“

Einbußen dramatisch

Öffentlicher Dienst: 6 Nullmonate ...

Nicht ganz so schlimm wie der Metallabschluß! Mit dieser Behauptung versuchen Funktionäre der ÖTV, den Tarifabschluß zu verkaufen. Doch aufgrund der sehr unterschiedlichen Struktur ist dieser Vergleich unsinnig und ändert nichts daran, daß die Beschäftigten in den unteren und mittleren Einkommensgruppen dramatische Einbußen zugemutet werden. Durch 6 Nullmonate für die unteren Einkommensklassen bzw. 8 Nullmonate für mittlere und höhere Einkommen, ein Laufzeit von 15 Monaten und das Einfrieren des 13. Monatsgehalts auf der Basis von 1993 ist der 2%-Abschluß auf die Laufzeit umgerechnet ganze 0,74% bzw. 0,49% wert. Weniger Nullmonate für die unteren Einkommensklassen hat auch nichts mit sozialer Komponente zu tun! Auf ein Einkommen von 8000 DM gerechnet bringen die 2% bei 8 Nullmonaten in 1994 immerhin noch 640 DM; bei einem Einkommen von 4000 DM bringen die 2% trotz der „nur“ 6 Nullmonate noch ganze 480 DM in 1994. Da das 13. Monatsgehalt auch noch 1995 und 1996 auf der Basis von 1993 berechnet wird geht der Abschluß nominal gegen Null.

Für den Tarifbereich Ost wurde der diskriminierende Abschlag fortgeschrieben. Statt der bisherigen 80% der Westtarifs erhalten die Beschäftigten in Ostdeutschland ab 1.10.1994 82% und ab 1.10.1995 84% des Westtarifs. Erst zum 1.4.1996 ist eine weitere Angleichung verhandelbar. Da das 13. Monatsgehalt auf der Basis von 1993 eingefroren wurde, wird es für das Tarifgebiet Ost bis 1996 auf nur 80% des Westtarifs von 1993 berechnet. Deshalb kamen von den Tarifkommissionsmitgliedern aus den Osten 28 Nein-Stimmen, aus dem Westen stimmten 7 gegen diesen Abschluß.

Zur Sicherung von Beschäftigungsmöglichkeiten können die regionalen und örtlichen Tarifvertragsparteien im Tarifbereich Ost bis zum 31.12.1995 eine Arbeitszeitverkürzung auf bis zu 3 Stunden längstens für drei Jahre vereinbaren. „Dabei ist auch über einen nach der Arbeitszeitverkürzung gestaffelten Teillohnausgleich Einvernehmen zu erzielen.“ Eine Mindesthöhe für den Teillohnausgleich — die ÖTV hatte 50% gefordert — ist im zentralen Tarifvertrag nicht vereinbart. Das läßt befürchten, daß Teillohnausgleiche noch weit unter den 50% anvisiert werden.

Einkommen unterhalb der Armutsgrenze wollen die öffentlichen Arbeitgeber in Nachverhandlungen auch im Tarifbereich West ausdehnen. So haben sich ÖTV und öffentliche Arbeitgeber bereits auf weitere Verhandlungen verständigt, die insbesondere die ABM-Beschäftigten betreffen sollen. Absicht des öffentlichen Arbeitgebers ist die Beschäftigung von ABM-Beschäftigten 10, 2% unter Tarif! Der Zwangsschluß dieser Arbeitsverhältnisse wird dann immer deutlicher, und da ist es an der Zeit, Aufsehermentalität zu fördern. Deshalb können es die öffentlichen Arbeitgeber als Erfolg verbuchen, daß sie mit der ÖTV Einvernehmen erzielt haben, „über die Frage der Einführung von leistungsbezogenen Entlohnungsbestandteilen in Verhandlungen einzutreten.“ Offensichtlich läßt der Tarifabschluß den öffentlichen Arbeitgebern noch genügend Spielraum, um ihr Aufsichtersonal besser zu schmieren. — (kar)

„Einfache Auschwitzlüge“ nicht strafbar?

Urteil des Langerichts Mannheim gegen den NPD-Vorsitzenden Deckert aufgehoben

Am 15.3. hat der Bundesgerichtshof ein Urteil des Landgerichts Mannheim gegen den NPD-Vorsitzenden Deckert aufgehoben. Das Landgericht hatte Deckert wegen Volksverhetzung zu einem Jahr Haft auf Bewährung und 10000 DM Geldstrafe verurteilt. Der BGH argumentiert, das Landgericht habe den Sachverhalt in „tatsächlicher und rechtlicher Hinsicht unzureichend gewürdigt“ und die Äußerungen Deckerts seien im Rahmen der Beweiswürdigung nicht ausreichend erklärt. Der BGH in einer Pressemitteilung vom 15.3.:

„Die bisherigen Feststellungen reichen insbesondere nicht aus, um darzutun, daß sich der Angeklagte der Volksverhetzung (§130 StGB) schuldig gemacht hat. Dieser Tatbestand enthält von den in Betracht kommenden Strafvorschriften die schwerste Strafandrohung. Er setzt unter anderem einen Angriff auf die Menschenwürde des von der Tat betroffenen jüdischen Bevölkerungsteils in Deutschland voraus. Ein solcher Angriff läßt sich den bisher festgestellten Äußerungen des Angeklagten nicht ohne weiteres entnehmen. Von Bedeutung kann sein, ob er sich durch sein Verhalten mit der nationalsozialistischen Rassenideologie identifiziert, die den jüdischen Mitbürger nicht mehr als Menschen behandelte.“ Auch die weiteren Tatbestände — üble Nachrede, Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener, Aufstachelung zum Rassenhaß — hat der BGH kassiert — „keine tragfähige Begründung“.

Der BGH begründet sein Urteil so: Die Identifizierung Deckerts mit der Rassenideologie der Nationalsozialisten und der „qualifizierten“ Auschwitz-Lüge sei nicht nachgewiesen. Sollte dieser Nachweis im neuen Prozeß erbracht werden, sei die Verurteilung wegen Volksverhetzung korrekt. Nicht strafbar ist danach

die sogenannte „einfache“ Auschwitz-Lüge — die Leugnung der systematischen Judenvernichtung durch den Hitlerfaschismus. Die „qualifizierte“ Auschwitz-Lüge besteht der Rechtsprechung des BGH gemäß darin, in Anknüpfung an NS-Gedankengut Haß gegen Teile der Bevölkerung zu schüren, indem diese mit „offenkundig unwahren Tatsachenbehauptungen öffentlich der Lüge und finanziellen Erpressung bezichtigt und damit allgemein als verabscheuungswürdig dargestellt werden.“ Vor allem müsse auch das Schicksal der Juden unter der faschistischen Diktatur als „Erfindung“ dargestellt und diese nachweislich falsche Behauptung mit „dem Motiv der angeblichen Erpressung verbunden werden.“ Nach diesen Grundsätzen bestätigte der BGH im November 93 die Verurteilung des Faschisten Otto Remers wegen Volksverhetzung.

Anfang der 80er Jahre hatte unter anderem die SPD gefordert, die „einfache“ Auschwitz-Lüge unter Strafe zu stellen. Dies war mit dem Argument zurückgewiesen worden, kriminalisiert werden dürfe nicht die Gesinnung, sondern nur ein Verhalten. Christian Bommarius, dpa-Korrespondent, schlußfolgert aus dem BGH-Urteil: „In der heutigen Zeit zunehmender rechtsextremistischer Gewalt wird allerdings zu überlegen sein, ob der strafrechtliche Schutz der Menschenwürde nicht bereits früher beginnen, das Verbreiten der ‚einfachen‘ Auschwitz-Lüge nicht als stillschweigende Aufforderung zu einem Verhalten angesehen werden muß.“

Deckert kandidiert zu den OB-Wahlen in Karlsruhe

Genau dieser Günter Deckert, Bundes- und Landesvorsitzender der NPD, kan-

diert jetzt zu den Oberbürgermeister-Wahlen am 17. April in Karlsruhe. In einigen Stadtteilen sind bereits faschistische Flugblätter verteilt worden, in denen die NPD aufruft, den „Ausländer- und Asyl-Lobbyisten, den Schuldenmachern und Versagern, den Anti-Deutschen eine Abfuhr zu erteilen“ und stattdessen die „wohnliche deutsche Gemeinde“ zu wählen. Deckerts Kandidatur wird von der bürgerlichen Öffentlichkeit heruntergespielt. Es handle sich um einen Einzelkämpfer ohne Parteihintergrund, so stellt ihn die örtliche Presse vor. Die SPD, die eine eigene OB-Kandidatin aufgestellt hat, möchte über Deckerts Kandidatur am liebsten den Mantel des Schweigens decken — Bekämpfen durch Ignorieren.

Gegen die Kandidatur von Deckert haben bisher öffentlich DGB und VVN protestiert. Die Grüne Liste will in einem Gespräch mit dem OB darauf drängen, daß keine gemeinsame Kandidatenvorstellung mit Deckert stattfindet. Für den Termin zur Bestätigung der Kandidaten am 23.3. und die öffentliche Kandidatenvorstellung am 7.4. sind antifaschistische Aktionen geplant. Der DGB-Kreisvorstand Karlsruhe hat zur Deckert-Kandidatur erklärt:

„Wie bei über 50 vorangegangenen Wahlen will er diese als offizielles Forum nutzen, um seinen menschenfeindlichen Haß zu verbreiten, um Nazigedankengut hoffähig zu machen und er will Anhang finden. Er will berechtigten Protest gegen vorhandene Mißstände auf seine Mühlen lenken.“

Deckert ist 1988 wegen mangelnder Distanzierung zur NPD und ihren Zielen unter Aberkennung des Pensionsanspruchs aus dem Schuldienst entlassen worden. Immer wieder verbreitet er seine Haßtiraden gegen Flüchtlinge und Immigrantinnen und Immigranten, ge-



gen Roma und Sinti und gegen Juden, gegen humanistisch, antifaschistisch und demokratisch eingestellte Menschen, kurz gegen alle, die er als „undeutsch“ betrachtet.

Und immer wieder haben seine Anhänger seine Haßtiraden in die gewalttätige Tat umgesetzt. Ob in Schriesheim (1988), Hemsbach oder Brühl (1992) — überall waren bei brutalen Anschlägen auf Flüchtlinge auch Jugendliche beteiligt, die zuvor auf Deckert-Veranstaltungen das „nötige Rüstzeug“ erhalten hatten.

Er hat nie den Versuch aufgegeben, mit der NPD wieder eine neue NSDAP, eine große Nazi-Sammelungs-Partei zu errichten, die alle Rechtsextremisten umfaßt: Von neonazistischen Schlägerbanden bis zu den Altnazis der DVU, von Skinheads bis zu den Rechtsextremisten mit Schlipps und Kragen...

Die Oberbürgermeisterwahl in Karlsruhe darf kein Forum werden für Haß gegen ausländische Bürgerinnen und Bürger, für Nazidrohungen und Überfälle auf AusländerInnen, Juden, Behinderte, Homosexuelle, Antifaschisten und Demokraten. Wir fordern von der Wahlleitung, den Bewerber Deckert nicht zu den Oberbürgermeisterwahlen zuzulassen. Wir fordern die anderen Bewerber auf, sich von diesem Bewerber öffentlich zu distanzieren.“

— (map, aus: Antifaschistische Nachrichten Nr. 6/94)

AKTUELL IN BONN

Kinkel als „Rückgratbrecher“

Von seiner Zeit als Justizminister ist Kinkels Aufruf bekannt, der (West-)Justiz müsse es gelingen, die DDR zu „delegitimieren“ — eine klare politische Vorgabe für die bundesdeutsche Siegerjustiz gegen alle Personen, die diesem Staat irgendwie verbunden waren. Als nächstes folgte Kinkels Balkan-Kriegsziel, man wolle „Serbien in die Knie zwingen“. Nun verlautet aus gutunterrichteten französischen Kreisen, Kinkel habe bei den EU-Beitrittsverhandlungen dem spanischen Außenminister gedroht, man werde ihm „das Rückgrat brechen“, wenn er dem Beitritt Norwegens nicht zustimme. Was Kinkel wohl sagen würde, wenn irgendwer all das mit ihm macht, was er anderen androht?

Rühe: Vorrang für Eingreiftruppen

Die Bundesregierung will die Schaffung von „schnell einsetzbaren, Krisenreaktionskräften“ vorantreiben. Das hat Verteidigungsminister Rühe bei der Vorlage eines „Weißbuch 1994 zur Sicherheit der Bundesrepublik und zur Lage und Zukunft der Bundeswehr“ bekräftigt. Das Heer brauche luftbewegliche sowie luftmechanisierte Kräfte, die Marie müsse Krisenkräfte bereitstellen, die Fähigkeit zum Lufttransport sei auszubauen. „Streitkräftekontingente müßten weitläufig im See- und Lufttransport verlegt werden können“, zitiert das Handelsblatt den Minister. Eine klare Vorgabe an die Truppe, sich auf Interventionskriege vorzubereiten.

AZO-Novelle in Kraft

Am 10. März hat der Bundestag die Arbeitszeitgesetznovelle der Regierung verabschiedet. Der Bundesrat hat bei diesem Gesetz kein Veto-Recht, kann das Inkrafttreten also nur noch zeitlich etwas hinauszögern. Das Handelsblatt skizziert: „Die tägliche Arbeitszeit kann danach mit Zustimmung der Arbeitnehmervertretungen auch für einen längeren Zeitraum auf bis zu zehn Stunden erhöht werden. Sonn- und Feiertagsarbeit wird auch dann erlaubt, wenn es zum Erhalt der Arbeitsplätze nötig ist.“ Das Gesetz fällt weit zurück hinter den mit der Novemberrevolution vor knapp 75 Jahren errungenen 8-Stunden-Tag.

Treuhand: 460 Mio. für „Berater“

460 Mio. DM hat die Treuhand 1992 für externe (West-)Berater ausgegeben, die sich so (zusätzlich zu den westlichen Aufkäufern) am Verkauf von Ost-Betrieben eine goldene Nase verdienten. Bei der Überprüfung dieser Verträge habe sich herausgestellt, daß die (West-)Berater ihre vorgesehenen Ansätze bis zum 6-fachen Betrag überschritten. Eine Kontrolle habe bis Jahresende 1992 nicht stattgefunden, meldete der Bundesrechnungshof am 10. März dem Treuhand-Untersuchungsausschuß des Bundestags.

Teilzeitnovelle Kanthers

Am 10. März hat das Bundeskabinett einen Gesetzentwurf Kanthers zur Ausweitung von Teilzeitarbeit in öffentli-

chen Dienst gebilligt. Danach fällt die Höchstgrenze bei „familienpolitischer“ Teilzeitarbeit von 15 bzw. 20 Jahren ersatzlos weg, bei Bereichen mit „außergewöhnlichem Bewerbermangel“ kann verstärkt Teilzeit eingeführt werden, Beamten, die mit 50 Jahren mindestens 15 Jahre lang in Teilzeit beschäftigt waren, kann unbefristete Teilzeitbeschäftigung „bewilligt“ werden. Das Programm zielt darauf, ältere Beschäftigte, die gesundheitlich angegriffen sind, in Teilzeitstellen zu drücken, um so Lohnkosten und Pensionen zu sparen.

300 Mio. DM für „Ost-Berater“

300 Mio. DM hat der Bundestag für „Beratungsmittel für Osteuropa“ freigegeben. 800 Projekte seien vorbereitet, heißt es. Die „Kreditanstalt für Wiederaufbau“ soll in sieben Städten Rußlands, Weißrußlands, Bulgariens, der Ukraine, Litauens und Lettlands „Koordinierungsstellen“ einrichten, um die Programme zu koordinieren. Die BRD-Berater sollen vor allem die „Privatisierung“ und „Umstrukturierung“ von Betrieben, mit denen BRD-Unternehmen ins Geschäft kommen wollen, vorantreiben helfen und ggfs. auch die Übernahme solcher Betriebe erleichtern.

Hauptstadt-Hilfen bis zum Jahr 2009?

Bei einem „Kamingespräch“ sollen sich die Ministerpräsidenten der Länder am 17. März auf die Finanzförderung für die Hauptstadt Berlin und Brandenburg bis zum Jahr 2009 geeinigt haben, berichtet die Presse. Hintergrund ist die geplante

Fusion der Länder Berlin und Brandenburg im Jahr 1999. Dabei würde Berlin Vorteile aus seinem Status als „Stadtstaat“ verlieren. Dieppgen habe 6 Mrd. DM zusätzlich mindestens bis zum Jahre 2009 gefordert, heißt es — macht 60 Mrd. DM in 10 Jahren. Am nächsten Tag brachte der Bundesrat einen entsprechenden Gesetzentwurf in den Bundestag ein. Ein „ertragreiches“ Kamingespräch also.

Blüm: Nettorente bleibt

Einen Tag nach der Einigung über die Pflegeversicherung hat Arbeitsminister Blüm alle Forderungen nach einer realen Rentenanhebung in den Jahren 1995 und 1996 abgelehnt. Die Rentenformel — Berechnung der Rentenanpassung nach der Netto-Lohn-Entwicklung — werde nicht geändert. Bei den jetzigen Tarifabschlüssen, den zusätzlichen Abzügen durch Pflegeversicherung und „Solidaritätszuschlag“ ab 1.1.1995 bedeutet das für alle Rentner 1995 und 1996 (also nach den Bundestagswahlen!) zwei nominale Rentensenkungen um zusammen vermutlich mehr als 10 Prozent — wenn die Teuerung steigt, real sogar noch mehr.

Was kommt demnächst?

Am 24.3. berät die CDU auf einem Kongreß ihre außenpolitische Strategie. Am 27.3. führt die „Statt-Partei“ in Kassel eine Bundesversammlung durch. Am 19. April will das Bundesverfassungsgericht über die Verfassungsklagen der SPD gegen die Bundeswehreinräte in die Kordia und in Somalia beraten.

Kanthers sog. „Abschlußbericht“ zu Bad Kleinen

Wunsch und Wahrheit

Anfang März hat Bundesinnenminister Kanther den offiziellen „Abschlußbericht“ der Bundesregierung zu Bad Kleinen vorgelegt. Wesentlicher Inhalt: Die beteiligten Beamten treffe keine Schuld am Tod von Wolfgang Grams, Wolfgang Grams sei durch Selbstmord ums Leben gekommen. Wenige Tage vorher hatte der Anwalt der Angehörigen von Wolfgang Grams, Groß, mitgeteilt, er habe nun genügend Anhaltspunkte für eine Beschwerde gegen die von der Schweriner Staatsanwaltschaft verfügte Einstellung der Ermittlungsverfahren gegen die GSG-9-Beamten. Auch die Schweriner Staatsanwaltschaft hatte einen „Selbstmord“ von Wolfgang Grams behauptet. Die Regierung versucht offensichtlich, die staatlichen Verfolgungsorgane, insbesondere BKA und GSG-9, von jedem Verdacht der Tötung Wolfgang Grams freizuhalten. Wir dokumentieren die Reaktionen der „Kritischen Polizisten“ und der innenpolitischen Sprecherin der PDS/LL im Bundestag, Ulla Jelpke, auf die Bemühungen der Regierung. — (rül)

KRITISCHE POLIZISTEN

„Nach wie vor Unklarheiten“

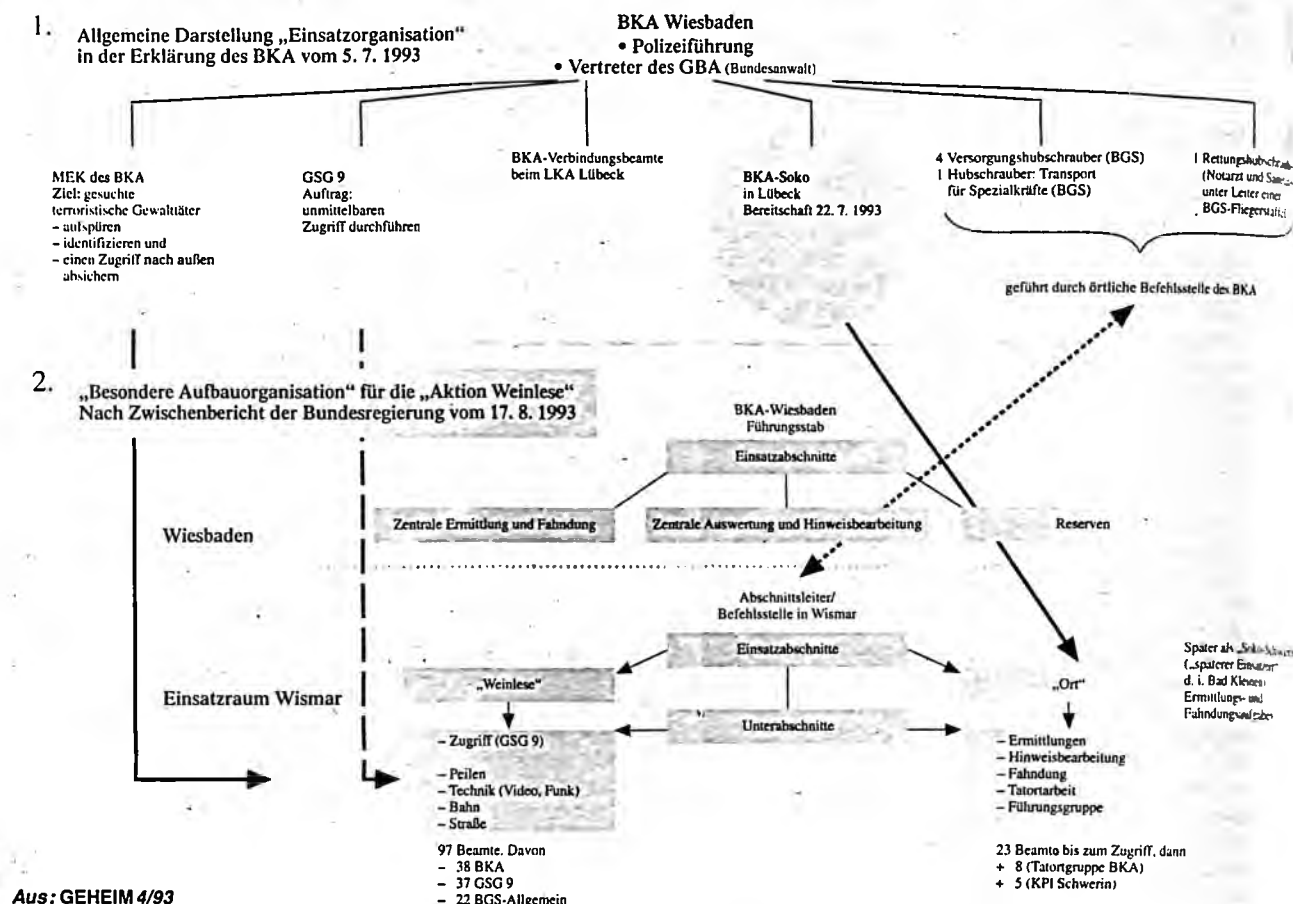
Unter der Überschrift „Schlußbericht der Bundesregierung zeigt weitere Unklarheiten. Die von BMI Kanther versprochene „lückenlose Aufklärung“ wurde nicht eingehalten“ erklärte die Bundesarbeitsgemeinschaft Kritischer Polizistinnen und Polizisten (Hamburger Signal):

1. Am 18.8.93 wurde auf dem Bahnsteig 3/4 des Bahnhofs Bad Kleinen von einem Tourist ein Projektil gefunden. Dieses Geschloß konnte bislang nicht zugeordnet werden, weil der wissenschaftliche Dienst in Zürich es lediglich mit dem am Schußwechsel in Bad Kleinen beteiligten Waffen verglich.

Das Versprechen einer lückenlosen Aufklärung hätte es jedoch erforderlich gemacht, dieses Projektil mit sämtlichen der Polizei zur Verfügung stehenden Waffen zu vergleichen. Gerade im Hinblick auf den Verdacht, es sei eine Maschinenpistole abgefeuert worden. Für die Bundesregierung steht das Projektil nicht im Zusammenhang mit dem Schußwechsel, weil es an einer Stelle gefunden wurde, die bei der Tatortarbeit überprüft worden war. Daß der Fundort nach drei Wochen nicht unbedingt der ursprüngliche Liegeort sein muß, wird von der Bundesregierung unterschlagen. Für sie steht das Projektil nicht im Zusammenhang mit dem Schußwechsel, so als ob es gewöhnlich sei, daß 9-mm-Projektile auf Bahnhöfen herumliegen.

2. Obwohl eine Videoaufzeichnung sowie eine Verletzung beweisen, daß die rechte Hand unter Wolfgang Grams' Körper lag, gehen die entscheidenden Gutachten davon aus, daß sich Grams mit der rechten Hand selbst erschoss.

3. Die Bundesregierung geht davon aus, daß PK Newrzella seine Waffe nicht gezogen hatte, weil er annahm, daß seine Kollegen ihm „Feuerschutz“ boten. Diese Auffassung ist nur gerechtfertigt, wenn die GSG-9-Beamten bereits während der Nacheile schossen, um beispielsweise auch Verwirrung beim Flüchtenden zu stiften, somit ist davon auszugehen, daß die Polizei den Schußwechsel eröffnete, denn der F ei-



beamte konnte nur durch Hören von einem möglichen Feuerschutz ausgegangen sein.

4. Die Darstellung der Bundesregierung, die widersprüchlichen Aussagen der GSG-9-Beamten würden für deren Unschuld sprechen, muß zu einem Umdenken der polizeilichen Arbeit führen. Wo Widersprüche einen Aufklärungsbedarf bedingten, muß nun Entlastung angenommen werden. Dies wird die Polizei in der Bearbeitung von Ermittlungsvorgängen zukünftig stark entlasten.

Fazit: Das BKA und die GSG-9 profitieren von dem Desaster, indem die Verbesserung ihrer Ausstattung und Ausrüstung vorangetrieben wird.

Die personellen Konsequenzen sind eine Farce. Sie täuschen lediglich eine operative Hektik vor.

Nach wie vor bestehen an der Suizidversion erhebliche Zweifel. Der vorliegende Schlußbericht erweckt den Eindruck: Wunschvorstellungen werden zur Wahrheit stilisiert.

— (Jürgen Korell, Vorstandsmitglied, Wiesbaden, den 9. 3. 94)

PDS/LL IM BUNDESTAG

„Kanter biegt die Gleise wieder gerade“

Unter dieser Überschrift nimmt Ulla Jelpke für die PDS/LL im Bundestag Stellung zum Abschlußbericht. Vorangestellt ist ein Zitat aus dem Innenausschuß:

„Wolfgang Lüder (FDP): ... Wir haben jetzt — das finde ich ganz besonders schlimm für die Informationsarbeit der Regierung — eine neue Positionierung der Leiche. In jedem Bericht hat die Leiche eine andere Position. Wie erklärt sich das eigentlich?“ Johannes Gerster (CDU/CSU): „Die Gleise haben sich verschoben.“ (Protokoll der Innenausschußsitzung vom 18. 8. 1993)

Wesentliches Ergebnis des von der Bundesregierung vorgelegten Abschlußberichts zu Bad Kleinen ist:

„Aufgrund der Blutspuren und der spärlichsten biologischen Rückstände an der

Jacke des BGS-Beamten Nr. 6 wird eine direkte Fremdbeibringung der Nahschußverletzung durch diesen Beamten (exekutionsähnliche Handlung) für praktisch ausgeschlossen gehalten. Es gibt somit keine neuen Erkenntnisse, die zwingend gegen eine Selbstbeibringung des Nahschusses durch Grams sprechen würden.“

Denn: „Aufgrund der an der Jacke des Beamten Nr. 6 festgestellten Blutspuren sei es außerordentlich unwahrscheinlich, daß diese Jacke vor der Untersuchung einer Reinigung unterzogen wurde.“

Nahezu dreißig gravierende Pannen bei der Spurensicherung waren nötig, damit die Bundesregierung nach über acht Monaten zu einem derartigen Ergebnis kommen konnte.

Nachdem die Top-Ermittler des technisch hochgerüsteten BKAs bei der Tatort- und bei der Spurensicherung durch eine Serie von Fehlern im „handwerklichen Bereich“ zur Vernichtung wichtiger Spuren und Beweise beitrugen, war die Grundlage für die Entlastung der GSG-9 und des BKAs gelegt.

Erst nachdem u.a.

- * BKA-Beamte „in Verkenntung der ... Zuständigkeit“ Polizeibeamte der Lübecker Polizei von der Leichenschau Grams fernhielten
- * BKA-Beamte Spuren an Kopf und Händen der Leiche Grams bei der Obduktion dann „irrtümlich“ und wegen „unzureichender Erfahrung“ beseitigten
- * BKA-Beamte die Asservierung der Haare Grams „aufgrund eines Mißverständnisses“ unterließen
- * BKA-Beamte frühzeitig die Waffen der GSG-9-Beamten beschossen hatten und somit eventuelle Blut- und Gewebeanhaftungen im Mündungsbereich beseitigten
- * BKA-Beamte nicht willens waren, trotz aufkommenden Verdachts einer Tötung Grams durch einen Nahschuß durch Polizeibeamte eine „an sich gebotene Neuaufnahme der Tatortarbeit“ durchzuführen
- * BKA-Beamte die Lage des schwerverletzten Grams und dessen Waffen in der Gleisanlage nicht dokumentierten und heute nicht mehr klären können w. usw.

war die Behauptung von einer Selbsttötung Grams möglich.

Nötig war aber auch eine parteiiche Ermittlungsarbeit von Staatsanwaltschaft, Bundesanwaltschaft und BKA die von vornherein die Zeugin Baron als unglaubwürdig darstellten, die — & „bestehe die Vermutung“ — ihre „bruchstückhaften Wahrnehmungen mit Überlegungen und Wahrnehmungen vermengt habe“. Hingegen wurden die Aussagen der GSG-9-Beamten, die unter dem Verdacht des Mordes standen, äußerst wohlwollend bewertet. Trotz „teils widersprüchliche(r), teils den festgestellten Geschehensablauf nicht entsprechende(r) Angaben“, trotz „unzutreffender Angaben“ der Beamten wird ihnen „Aufrichtigkeit“ und die „Ernsthaftigkeit ihres Bemühens um die Aufklärung der genauen Abläufe“ attestiert.

Durch die frühzeitige Freisprechung der GSG-9-Beamten durch die Verantwortlichen, durch deren Geheimhaltungspolitik (V-Mann-Einsatz) und der Absicherung der Beamten durch die Legitimierung und Vermummung wurde überhaupt erst der Rahmen geschaffen in dem ständig neue Absprachen möglich und notwendig wurden. Es gehört schon ein sehr spezielles Verhältnis zur Wahrheitsfindung dazu, diesen Prozeß als Aufklärung zu bezeichnen.

Geradezu perfide ist es in diesem Zusammenhang, wenn die Bundesregierung in ihrem Abschlußbericht die Medien wegen deren Recherchen angreift. Um diese Zumutung in vollem Umfang zu verstehen, muß man sich die erste offizielle verlogene Fassung der Darstellung der Ereignisse in Bad Kleinen vor Augen führen.

Der Abschlußbericht der Bundesregierung läßt viele Fragen offen und wirft neue Fragen auf. Immer noch sind die genauen Hintergründe und Umstände des Vorfalls und der Polizeiarbeit in Bad Kleinen selber im Dunkeln. Immer noch — trotz aller Bekundungen Kanthers nach rückhaltloser Aufklärung — wird selbst der Parlamentarischen Kontrollkommission des Bundestages eine umfassende Unterrichtung über den V-Mann-Einsatz verweigert.

Ulla Jelpke, MdB PDS/LL im Bundestag, Bonn, 9. 3. 94

WWG: Der Kessel war illegal

Grüne: Polizeipräsident soll zurücktreten

Das Landgericht München I hat es festgestellt: Der Münchner Polizeikessel beim Weltwirtschaftsgipfel war rechtswidrig.

Das Gericht wertete das Festhalten der Demonstrantinnen und Demonstranten — die gegen diese Veranstaltung der sieben Regierungschefs mit friedlichen Mitteln protestierten — im Polizeipräsidium und in den Gefangenenbussen als unverhältnismäßig und rechtswidrig. Die leitenden Polizeibeamten haben nach diesem Richterspruch die festgestellten Amtspflichtverletzung auch schuldhaft begangen.

Bei Beachtung der erforderlichen Sorgfalt hätten sie voraussehen können und müssen, daß sie in das Versammlungs- und Demonstrationsrecht der Kläger eingriffen.

Der bayerische Innenminister Beckstein, der die politische Verantwortung für die Polizeitätigkeit des Freistaates trägt, ist nach diesem Urteil — man kann es nicht anders bewerten — völlig ausgerastet. Er bezeichnete es als unerträglichen Skandal, als grobe Fehlentscheidung und geeignet — den inneren Frieden im Land schwerstens zu beeinträchtigen und kündigte an, in die Berufung zu gehen.

Die Neue Richtervereinigung e.V. einem Zusammenschluß von Richterinnen und Richtern, Staatsanwältinnen und Staatsanwälten wertete daraufhin diese Urteilsschelte des Innenministers als Verletzung von Verfassungsgrundsätzen, insbesondere der Gewaltenteilung (Art. 20 GG) und des Schutzes der richterlichen Unabhängigkeit (Art. 97 GG). Sie appellierten an den bayerischen Justizminister, seinem Kabinettskollegen Einhalt zu gebieten und sich schützend vor die Gerichte zu stellen.

Die Stadtratsfraktion Die Grünen, die direkt von dieser rechtswidrigen Polizeiaktion betroffen war und eine Klage gegen den Polizeipräsidenten wegen Freiheitsberaubung und Körperverletzung mit anderen zusammen betreibt, fordert in einer Presseerklärung zu diesem Urteil nun den Rücktritt des Münchner Polizeipräsidenten.

Polizeipräsident Dr. Koller habe die rechtswidrigen Anweisungen zur Einkesselung und zum stundenlangen Festhalten in der Ettstraße (Polizeipräsidium) gegeben, um dem damaligen Regierungschef Streibl seine Selbstdarstellung zu ermöglichen. Er müsse daraus die Konsequenzen ziehen.

Weiter fordern die Grünen im Münchner Rathaus, daß die Sondereinsatztruppen der Bayerischen Polizei, die Unterstützungskommandos, aufgelöst werden müssen.

Diese USKs haben an diesem Tag gezeigt, wozu sie da sind: politisch unliebsamen Protest von der Straße zu prügeln.

Nachdem diese stets marodierenden Einheiten von Innenstaatssekretär Gauweiler zum Zweck des Durchsetzens der WAA in Wackersdorf gegründet wurden und im sowohl der geistige Vater zurückgetreten wurde als auch die WAA nicht gebaut wird, könne spätestens nach diesem Urteil die USK-Einheiten aufgelöst werden. — (dil)



Foto: af/mz

Newroz-Verbote jetzt auch in der BRD

AUGSBURG, BERLIN ...

Über 500 Verfahren nach Kurden-Protest

Well bundesdeutsche Behörden ihnen Feiern zum kurdischen Newroz (Frühlings- und Widerstandsfest) verboten, haben Kurdinnen und Kurden am vergangenen Wochenende u.a. in Berlin, Augsburg, Wiesbaden und Köln auf der Straße zu feiern versucht.

Gleichzeitig protestierten sie damit gegen die Verbote ihrer Feste. In Köln, wo etwa 1500 Kurdinnen und Kurden in der Innenstadt zugleich gegen die Behinderungen europäischer Menschenrechtsdelegationen in Kurdistan protestierten, umzingelte die Polizei die Demonstration und versuchte, „verbotene Fahnen“ zu beschlagnahmen. 21 Personen sollen „vorläufig festgenommen“ sein.

In Berlin, wo ein Newroz-Fest an der Technischen Universität kurzfristig verboten worden war, sollen sich daraufhin etwa 2000 Demonstranten an der TU versammelt haben, um vor dem Audi-Max ihr Fest zu feiern und gegen das Verbot zu protestieren. Nach Angriffen der Polizei auf die Feiernden kam es zu schweren Auseinandersetzungen.

In Augsburg wurden mehr als 7000 Kurdinnen und Kurden bei der Anreise auf der Autobahn von der Polizei gestoppt. Auch hier war ihr Newroz-Fest kurzfristig von den Behörden verboten worden. Daß sich — zumindest im Süden der BRD — hinter der vorgeblichen PKK-Verfolgung mehr und mehr eine allgemeine Verfolgung der gesamten kurdischen Bevölkerungsgruppe entwickelt, dokumentierte die *Augsburger Allgemeine* unfreiwillig, als sie das Verbot des Newroz-Festes ihrem Leserkreis zu erläutern versuchte: „Der Verdacht, daß der Veranstalter (des geplanten Newroz-Festes, Anm. d. Red.) der PKK nahestand, lag nahe. Das um so mehr, als die Kurden im Neujahrs- ihr Unabhängigkeitsfest sehen.“

Die bayerische Polizeiführung stellt jetzt als besonders perfide dar, daß unter den nach Augsburg anreisenden Personen zahlreiche Frauen und Kinder waren. Normalerweise ist dies weltweit ein Zeichen, daß die auftretenden Personen friedliche Absichten verfolgen.

Die Demonstranten hätten „ganz bewusst die Konfrontation mit der Polizei gesucht“, behauptet die bayerische Polizeiführung, die die 7000 auf der Autobahn gestoppten.

Kurdinnen und Kurden auf der Autobahn abgefangen und gestoppt hatte und damit die Auseinandersetzungen eröffnet hatte. Insgesamt 17 Kurdinnen und Kurden sollen „wegen schwerer Straftaten“ (zu denen es vermutlich nie gekommen wäre, wenn die Behörden die Newroz-Feste nicht verboten hätten) dem Haftrichter vorgeführt worden sein, 516 weitere sollen allein wegen der Auseinandersetzungen in und um Augsburg wegen „Nötigung“ und „Landfriedensbruch“ angezeigt werden. Am Abend des 21. März meldete die Presse, Bayerns Innenminister Beckstein (CSU) und CDU-Innenminister Kanther hätten „harte Strafen“ und „sofortige Abschiebungen“ gegen Kurdinnen und Kurden gefordert.

Das „Kurdistan-Informationsbüro“ in Köln berichtete noch am Sonntagabend, bei den Angriffen der Polizei auf die Demonstranten in Berlin und Augsburg seien „mehrere hundert Kurden verletzt“ worden:

„Zu den Auseinandersetzungen kam es, als die deutschen Behörden in Berlin und Augsburg Feierlichkeiten zum traditionellen-kulturellen kurdischen Neujahrsfest (Newroz) verboten.“

Zu dem Newroz-Fest in Augsburg reisten mehr als 7000 Kurden aus allen Richtungen an. Sie wurden kurz vor der Stadteinfahrt durch Polizeiblockaden an der Weiterfahrt gehindert. Daraufhin feierte die Menge das Fest auf den vier Autobahnen, die zu der Stadt führen. Die Polizei griff in die feiernde Menge ein und löste so die Auseinandersetzungen aus ... Ein Verbot des kurdischen Neujahrsfestes in Deutschland kommt einer Unterstützung der Repressionspolitik des türkischen Staates gegen das kurdische Volk gleich. Es entspricht nicht den demokratischen Grundprinzipien Deutschlands, ein jahrhundertaltes Kultur-Fest einer Volksgruppe zu verbieten.

Damit verstößt Deutschland auch gegen internationale Minderheiten- und Menschenrechtsabkommen des Europarats, der KSZE und der UNO.“

Auch in Frankfurt und Wiesbaden kam es zu Auseinandersetzungen. In Hamburg dagegen fand das dortige Newroz-Fest ohne Störungen und demzufolge auch ohne Auseinandersetzungen mit der Polizei statt.

Quellen: *Süddeutsche Zeitung, Kölner Stadt-Anzeiger, Augsburger Allgemeine*, 21.3.94; *Pressemitteilung des Kurdistan-Informationsbüros Köln* vom 20.3. — (rül)

KURDISTAN: LETZTE NACHRICHTEN

Delegationen behindert Armee beschießt Cizre

In Diyarbakir feierten 50000 Newroz. Türkische Sicherheitskräfte griffen ausländische Delegationen an.

Am Abend des 21. März erhielten wir diese letzte Meldung von einer der bundesdeutschen Delegationen in Kurdistan:

„Seit Montag, den 21.3., befinden sich die Delegationen aus Karlsruhe, Stuttgart, Tübingen und Reutlingen mit dem Bus auf dem Weg von Istanbul nach Diyarbakir, um trotz massiver Behinderungen durch türkisches Militär und Polizei den Ablauf des kurdischen Neujahrsfestes „Newroz“ und die am 27.3.94 stattfindenden Kommunalwahlen zu beobachten.“

Die Übergriffe gegen die Delegationsmitglieder auf dem Flughafen in Van (Kurdistan) sowie die drohende Verhaftung einzelner Delegationsmitglieder (insbesondere der Dolmetscher) lassen das Schlimmste befürchten.

Die Delegation aus Hamburg wurde z.B. festgenommen, nachdem sie sich weigerte, den Dolmetscher der Delegation dem türkischen Militär auszuliefern. Der Dolmetscher und zwei weitere Delegationsmitglieder sind nun seit dem 21.3. nach wie vor in Haft. Weitere fünf Delegationsmitglieder sind ebenfalls nach massiven Behinderungen wieder auf dem Weg nach Kurdistan.

Wie zu befürchten war, geht das türkische Militär während der Neujahrsfeiern mit terroristischen Maßnahmen gegen die kurdische Bevölkerung vor. Cizre ist seit zwei Tagen unter Mörserbeschuß, die Bevölkerung flieht aus der Stadt. Die Delegationen aus Hamm und Freiburg, die sich dort befinden, dürfen die Stadt nicht verlassen und unterstehen der völligen Kontrolle des Militärs. Wie auch bei den anderen Delegationen wird jeder Versuch der Kontaktaufnahme mit der Bevölkerung vom Militär unterbunden.

Trotzdem findet das Neujahrsfest statt. In Diyarbakir gingen ca. 50000 Menschen auf die Straße. Sie wurden vom Militär angegriffen. Insgesamt wurden bis Montag-Nachmittag 18 Dörfer angegriffen und zwei Menschen erschossen. Dabei werden wie im letzten Jahr deutsche Waffen gegen die kurdische Bevölkerung eingesetzt.“ — (rül)

Internationale Northwest-Kurdistan-Konferenz

Ein kurdischer Bericht von der Konferenz am 12. und 13. März in Brüssel im Sheraton-Hotel

Unter Leitung des Kurdistan Human-Rights Project (KHRP) und von medico international fand am 12. bis 13. März dieses Jahres in Brüssel die Internationale Northwest-Kurdistan-Konferenz statt. Mehr als 200 Vertreter von Regierungen, Organisationen und der Presse aus unterschiedlichen Teilen der Welt nahmen an der Konferenz im Sheraton-Hotel am Brüsseler Flughafen teil.

Erstmals sollte auf internationaler Ebene die kurdische Frage durch Vorträge und Diskussionen thematisiert und Lösungsansätze vorgetragen werden.

Die Konferenz hat vor allem aus zwei Gesichtspunkten eine wichtige Bedeutung.

Während in Kurdistan der Nationale Befreiungskampf unter Führung der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) seinen Einfluß zunehmend vergrößert, werden im Ausland Stimmen über die Möglichkeit eines kurdischen Staates oder eines föderativen Systems innerhalb der bestehenden Grenzen laut.

Längst ist selbst den Bündnispartnern der Türkei, den europäischen Ländern, klar geworden, daß die kurdische Frage nicht durch nackte militärische Gewalt gelöst werden kann. Tatsächlich steht die Türkei derzeit dicht vor dem Abgrund.

So waren zu der Konferenz unter anderem Vertreter von Organisationen und Parteien aus England, USA, Frankreich, Schweiz, Belgien, Holland, Griechenland, Deutschland, Österreich, Finnland, Polen, Italien, Spanien und sogar der Türkei erschienen. Sie alle waren gespannt auf die Beschlüsse, die auf der Konferenz zu der Frage gefaßt werden sollten.

Ohne Zweifel ist die kurdische Frage eine der wichtigsten Fragen, die die Herrschenden dieser Welt betreffen. Eine Änderung der Grenzen im Mittleren Osten ist wegen der geographisch und ökonomisch wichtigen Positionen Kurdistans sehr wichtig. Kurdistan ist zum einen das Bindeglied zwischen Europa, Asien und Afrika, zum anderen der Wasser- und Öllieferant für die Länder des Nahen Ostens.

Alle drei Faktoren waren die Ursachen für die Jahrtausende andauernden Kriege, die um Kurdistan geführt wurden.

Der Einfluß der Nationalen Befreiungsbewegung Kurdistans ist vor allem nach dem 2. Golfkrieg gestiegen und hat innerhalb der kurdischen Bevölkerung über die Grenzen hinweg ein Nationalbewußtsein geschaffen, das die Hoffnung für ein Selbstbestimmungsrecht

des kurdischen Volkes verstärkt hat.

Die Guerillas der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) kontrollieren inzwischen mehr als 80 % der kurdischen Gebiete in Türkisch-Kurdistan. In Syrien wird sie von 90 % der Bevölkerung unterstützt. In Iran und Irak sympathisiert mehr als 60 % der Bevölkerung mit der PKK.

Durch die Tatsache, daß die PKK den

Kampf mit 30000 Guerillas breitflächig auf die Geographie Kurdistans verteilt hat und so weite Teile der kurdischen Gebiete kontrolliert, ist die Diskussion auch auf internationaler Ebene über die Zukunft der kurdischen Frage in letzter Zeit immer lauter geworden.

Eine Frage, die wegen der Verteilung Kurdistans sicher nicht leicht ist.

ERKLÄRUNG VON PKK-GENERALSEKRETÄR ÖCALAN

Lösungspaket zur Kurdischen Frage

Der Generalsekretär der Arbeiterpartei Kurdistans, Abdullah Öcalan, hat in einer Botschaft an die Internationale Northwest-Kurdistan-Konferenz in Brüssel die Bereitschaft zu einem Dialog mit dem türkischen Staat bekundet. Der PKK-Generalsekretär erklärte, daß die kurdische Seite für jede politische Lösung sowie alle Schritte von Regierungen oder internationalen Organisationen in diese Richtung offenstehe.

In der Botschaft an die Konferenz faßt der Generalsekretär der Arbeiterpartei Kurdistans die Haltung der kurdischen Seite in folgenden 5 Punkten zusammen:

„1. Wir sind offen für alle Lösungsvorschläge und möglichen Schritte, die von Regierungen oder internationalen Organisationen in diese Richtung unternommen werden.

2. Wir erklären erneut unmißverständlich, daß wir nicht unbedingt für eine Teilung der Türkei sind. Ich betone, daß die Propaganda, die in diese Richtung gemacht wird, nicht die Realität wiedergibt.

3. Ich möchte zum Ausdruck bringen, daß wir für eine Phase des Dialogs bereitstehen, wenn in einem demokratischen Rahmen und auf der Basis des Selbstbestimmungsrechtes unseres Volkes Beschlüsse gefaßt werden. Für konkrete Lösungsvorschläge sind wir immer offen gewesen und haben uns nie davor gesperrt. Deshalb sind wir bereit für die Diskussion aller Alternativen, auch der Föderation.

4. Wir werden uns nicht davor scheuen, auf einen beiderseitigen Waffenstillstand und Gespräche über Lösungsmöglichkeiten einzugehen, wenn diese unter internationaler Beobachtung stattfinden. Wir werden nicht eine hindernde Haltung einnehmen.

5. Das Wichtigste ist jedoch, daß ich jetzt schon zusichern will, daß wir alle Beschlüsse der Konferenz über Lösungs-

möglichkeiten jetzt schon akzeptieren werden. Wenn die Grundlage für eine politische Lösung und freie politische Aktivität gegeben ist, werden wir ebenso Schritte zu einer Beendigung des bewaffneten Kampfes unternehmen.“

Der PKK-Generalsekretär erklärt ... unter Hinweis auf den Waffenstillstand am 17. März letzten Jahres, daß die kurdische Seite die Lösung nicht nur im bewaffneten Kampf sieht, sondern schon immer für eine friedliche politische Lösung der Frage bereit gewesen ist. Der türkische Staat habe sie durch seine Gewalt- und Terrorpolitik gegen das kurdische Volk in die Verteidigerrolle gezwungen, um für die nationale Existenz des kurdischen Volkes zu kämpfen.

Zur Haltung der Türkei und einiger europäischer Länder heißt es in der Botschaft des Generalsekretärs der Arbeiterpartei Kurdistans:

„Der türkische Staat hat sich in der Frage immer mit einer Leugnungspolitik und der Verneinung einer eigenständigen historischen Vergangenheit des kurdischen Volkes genähert. Jeder Widerstand und jede Position gegen diese Politik des türkischen Staates wurde barbarisch und unbarmherzig niedergeschlagen. Die Forderung unseres Volkes nach Freiheit wurde im Blut ertränkt.“

Obwohl das Interesse der Weltöffentlichkeit an der kurdischen Frage gestiegen ist, hindert die Haltung einiger europäischer Länder eine Lösung, statt zu ihr beizutragen. Die geleistete Unterstützung hat den türkischen Staat in dem ungerechten Spezialkrieg gegen unser Volk ermutigt.“

Der Sprecher des Generalsekretärs erklärte ferner, daß der türkische Staat verantwortlich für weiteres Blutvergießen ist, wenn er diese Vorschläge nicht akzeptiert und weiterhin auf seiner Gewaltpolitik beharrt.

— (Comite du Kurdistan, Bruxelles)

In diesem Sinne sollte die Konferenz eine wichtige Grundlage für mögliche Lösungsansätze der kurdischen Frage bieten.

Als Gastredner waren zu der Konferenz u.a. Vertreter von kurdischen Organisationen wie der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK), der Sozialistische Partei Kurdistans (PSK) und der Patriarchischen Union Kurdistans (PUK) eingeladen.

Weitere internationale Gastredner auf der Konferenz waren der Vorsitzende der Menschenrechtsgruppe im englischen Parlament, Lord Avebury, der Vorsitzende des Orient-Instituts in Deutschland, Udo Steinbach, der Vorsitzende des Menschenrechts-Zentrums an der Essex-Universität in England, Kevin Boyle, der Vorsitzende des Amerikanischen Menschenrechtsprojekts, Ralph Fertig, der Vorsitzende des dänischen Helsinki-Komitees, Eric Siesby, der internationale Völkerrechtler Prof. MacDonald, die Frau Alexander Sacharow, Elena Sacharow, der Berater von Mandela, Prof. Kader Asmal, und der holländische Forscher Martin van Bruinessen.

Am ersten Tag haben unterschiedliche Persönlichkeiten Vorträge über die Geschichte, die Menschenrechtsverletzungen und das internationale Völkerrecht gehalten. Am zweiten Tag haben Vertreter unterschiedlicher kurdischer Organisationen und internationale Redner ihre Lösungsvorschläge zur kurdischen Frage vorgetragen.

Den Höhepunkt der Konferenz bildet ein überraschendes Lösungspaket des PKK-Generalsekretärs Abdullah Öcalan. Darin kündigte der PKK-Generalsekretär an, daß die kurdische Seite den Aufruf der Internationalen Kurdistan-Konferenz zum beiderseitigen Waffenstillstand und Dialog unterstützen werde. Die Konferenz ist ein wichtiger Meilenstein in der Geschichte des kurdischen Volkes. Erstmals ist eine bindende Basis für eine mögliche Lösung der kurdischen Frage geschaffen worden. Die Resolution, die auf der Konferenz beschlossen wurde, bildet nun eine wichtige Handlungsgrundlage auch für die europäischen Länder. (Die Resolution wird in der nächsten Ausgabe des Kurdistan-Rundbriefs dokumentiert, Anm. d. Red.) Nun kann niemand behaupten, daß eine Lösung der kurdischen Frage von der kurdischen Seite behindert wird. Sie hat der internationalen Öffentlichkeit damit gezeigt, daß sie für eine friedliche und politische Lösung der kurdischen Frage ist.

— (C., ein kurdischer Beobachter)

SCHWEIZ

Freiheit, die sie meinen

Eines Schweizer Lehrstücks zweiter, jedoch kaum letzter Teil

Freiheit ist niemals von sich aus da. Freiheit bedarf der Anstrengung; von einzelnen, von Gruppen, von all jenen, die daran teilhaben wollen. In der Schweiz ist dies nicht anders oder wenn, dann höchstens ein wenig. Weil besondere Freiheiten (wie die Frauen das Wahlrecht vorzuenthalten und betuchten ausländischen Steuerflüchtligen, Großdealern, Mafiosi und Politikern anonyme Konten einzurichten) eben von

besondere Anstrengungen erforderten und erfordern. Bei der Pressefreiheit, sozusagen eine sensible Unterabteilung dieser globalen eidgenössischen Freiheit, gilt das erst recht. Denn gerade sie wird von denen, die daran teilhaben, auf das Eifrigste genutzt (um z.B. massiv gegen AusländerInnen und AsylantInnen zu hetzen) und muß daher auch auf das Entschiedenste verteidigt werden. In Zürich im Moment vor allem gegen die politische Aktivistin Andi S., die bereits vor einigen Wochen trotz Handfesselung und Anwesenheit dreier bewaffneter VertreterInnen der Staatsmacht die gesamte Ärzteschaft der Uni-Klinik in äußerster Gefahr brachte. Jetzt ist sie gar dabei, die Pressefreiheit ins Wanken zu bringen. Nur der entschlossenen Reaktion der Verlagshäuser Ringier AG ist es — in geheimer, aber engster Zusammenarbeit

mit einer real nicht existierenden-sollenden Polizeiabteilung — gelungen, das Schlimmste zu verhindern und die (freiheitlichdemokratischen) Reihen fest zu schließen. Andi S., die von einem Züricher Gericht u.a. wegen ihrer Teilnahme an der 1.-Mai-Demonstration 1991 zu sechs Monaten Haft verurteilt wurde und der man — weil sie sich die Anwesenheit von Polizisten während der Untersuchung verbat — im Januar eine ärztliche Notfallbehandlung in der Uniklinik verweigerte (siehe Pol. Ber. 4/94), wollte am Montag, den 7. März 1994, an ihren Arbeitsplatz in der Bilddokumentations-Stelle des Verlagshauses Ringier zurückkehren. Am Tag davor war sie — ohne darum gebeten zu haben — nach Verbüßung von zwei Dritteln ihrer Haft entlassen worden. Die für die Haftzeit durch den unbezahlten Urlaub unter-

brochene Tätigkeit von Andi S. bei der Ringier AG bestand im wesentlichen darin, Pressefotos zu verwalten. Wie bereits der Richter („eine uneinsichtige Überzeugungstäterin“), erkannte auch die Unternehmensleitung von Ringier aber, daß, wer „selbst im Gericht über Klassenkampf und dergleichen spricht“ (aus dem Urteil), selbst an der Verwaltung der Pressefreiheit nicht Anteil haben kann und darf; und sah sich, zwar „außerordentlich“ bedauernd, aber dennoch „leider gezwungen“, Andi S. zu kündigen, weil es an der „nötigen Vertrauensgrundlage“ fehle und die Verteilung darüber hinaus zeige, „daß Delikte ... keine einmaligen Verfehlungen darstellen“. Wegen der unmittelbaren von Andi S. ausgehenden Gefahr war sie natürlich auch — ungeachtet der Kündigungsfrist zum 31. Mai — sofort

Serbische Reaktion auf Washingtoner Abkommen

Von Hardy Vollmer

Dem ersten Eindruck nach ist das am vergangenen Wochenende in Washington unterzeichnete kroatisch-muslimische Friedensabkommen nur eines unter den vielen, die in den letzten zwei Jahren durch die Weltpresse geisterten. Keines wurde bisher eingehalten. Warum jetzt aber dieser Wirbel? Was wurde in Washington unterzeichnet? Zentraler Teil des Abkommens ist ein Verfassungsentwurf, der in Bosnien ein Zweikammerparlament vorsieht. Eine der beiden Kammern ist paritätisch besetzt, obwohl die Bevölkerungszahl der Muslime mehr als doppelt so hoch ist wie die der Kroaten. Außerdem ist die Bildung von unter einer Zentralgewalt stehenden Kantonen mit jeweils kroatischen oder muslimischen Mehrheiten auf mindestens 51% des Gebietes von Bosnien vorgesehen.

Soweit zunächst zu diesem Teil des Abkommens, der als Entwurf einer Verfassung aber schon genug Sprengstoff für die nächsten Jahre birgt.

Durchgesetzt hat sich in einem international sanktionierten Abkommen, daß der Aufbau eines zukünftigen Staatswesens nach rassistisch-ethnischen Gesichtspunkten erfolgt. Damit geht dieser Entwurf hinter eine der Errungenschaften der bürgerlichen Revolution zurück, wonach alle Bürger, gleich welcher ethnischer und religiöser Auffassung, gleichberechtigte Mitglieder des Staates sind. Daß dieser Grundsatz in der Klassengesellschaft nie in voller Konsequenz eingelöst wurde, ist bekannt. Nichtsdestotrotz ist die Festlegung eines Staatsaufbaus nach rassistisch-ethnischen Gesichtspunkten wie nun in Bosnien ein Novum. In den nun zu schaffenden Kantonen haben jetzt entweder katholische Kroaten oder Muslime das Sagen. In der Konsequenz des Abkommens bedeutet dies, daß es nun zu größeren Umsiedlungen kommen muß, weil der ethnisch reine Kanton nirgends zu finden ist. Zumindest wird es aber ein Minderheitenproblem geben, was in dieser Region bekanntlich zu größeren Auseinandersetzungen führt, wenn es nicht im Sinne der Gleichberechtigung gelöst wird.

Gleichberechtigung war aber die Kernbestimmung in Bosnien-Herzegovina in den Zeiten des sozialistischen Jugoslawien. Bosnien wurde nach der Vertreibung der deutschen und italienischen Besatzer und ihrer Satrapen als Kernland des neuen Jugoslawien verstanden. Es war das Ausgangsgebiet für den Kampf der kommunistischen Partisanen. Im bosnischen Bihac tagte 1942 der erste „Antifaschistische Volksbefreiungsrat“ (AVNOJ); in Dvar hatte

Tito sein Hauptquartier; im bosnischen Sutjeska fand 1943 die Entscheidungsschlacht gegen die deutschen Besatzer statt, die mit einem Sieg der Partisanen endete; und im bosnischen Jajce fand schließlich am 29. November 1943 die zweite AVNOJ-Sitzung statt, auf der das neue Jugoslawien ausgerufen wurde. Bosnien war somit Gründungsland des sozialistischen Jugoslawien und durch seinen multiethnischen Aufbau nach dem Prinzip der Gleichberechtigung der Völker auch Vorbild des neuen Staates. Mit dem Washingtoner Abkommen wurde auch bewußt diese Traditionslinie zerschlagen.

Stattdessen knüpft man an einer anderen Tradition an. In dem Abkommen ist nämlich weiter geregelt, daß sich der bosnisch-kroatische Staat in naher Zukunft in einer Konföderation mit Kroatien verbinden soll. Dies wurde von der kroatischen Regierung als Bedingung für ihre Unterschrift unter das Abkommen gesetzt. Es ist nun nicht schwer vorzusagen, daß die kroatische Tudjman-Regierung in dieser Konföderation das Sagen hat. Für die herrschenden Klassen in Kroatien geht damit wieder einmal ein alter Traum in Erfüllung. Bosnien als unabhängiger Staat wird zerschlagen, und die kroatische Grenze liegt an der Drina, dem Grenzfluß zur Republik Serbien. Diese Situation hatten wir schon einmal. Als die deutschen Armeen 1941 Jugoslawien zerschlugen, wurde Bosnien in seinen historischen Grenzen insgesamt in den kroatischen Ustaschastaat eingegliedert, und die Kroaten hatten nun die seit Jahrzehnten geforderte „Grenze an der Drina“. Damals wie heute gelang dies den herrschenden Klassen in Kroatien nur mit Unterstützung auswärtiger Mächte.

Damals wie heute stößt dies aber auf den Widerstand in Serbien. Es ist daher auch kein Wunder, daß eine Woche vor der Unterzeichnung des Washingtoner Abkommens Kroaten und Muslime ihre Armeen in Bosnien vereinigt haben. Diese neue Armee umfaßt ca. 130 000 Mann, die von einem gemeinsamen bosnisch-kroatischen Generalstab geführt werden. Dies ist bisher die einzige reale Umsetzung der Abkommen, die in den letzten zwei Wochen unterzeichnet wurden. Das drückt den wirklichen Inhalt dieser Abkommen aus. Denn alle bisher vorgestellten Verfassungsentwürfe bleiben Fiktion, solange nicht die serbischen Truppen in Bosnien einen Großteil der Gebiete räumen, in denen sie bisher stehen. Das Abkommen von Washington ist im Kern nur das erneute Schmieden eines bosnisch-kroatischen Kriegsbandnisses gegen die Republik Serbien, wie es bis vor einem Jahr Bestand hatte. Ganz anders, als es nach den vergange-

nen Kriegsjahren zu erwarten war, reagierten nun die Vertreter der Serben. Anstatt daß es Protestnoten aus Belgrad hagelte, bot der Parlamentspräsident der bosnischen Serben, Krajisnik, 15% der von serbischen Truppen gehaltenen Gebiete der neuen bosnisch-kroatischen Föderation an. Und Radovan Kradzic, Vorsitzender der serbischen Partei in Bosnien, hat nichts gegen die neue Konföderation, solange sie sich nicht zum Kriegsbandnis gegen Serbien mauert. Aus Belgrad gibt es bis heute noch keine Stellungnahme. Dieses Verhalten ist darauf zurückzuführen, daß die bosnischen Serben schon immer für die Auflösung des bosnischen Staates und für die Angliederung an die Republik Serbien eintraten. Insofern kommt ihnen diese Entwicklung entgegen. Trotzdem geht der Gebietsanspruch der bosnisch-kroatischen Konföderation an die bosnischen Serben weit über die angebotenen 15% hinaus. Wie anders als durch Krieg will die Konföderation an diese Gebiete herankommen?

Daß der Widerstand der Führer der bosnischen Serben trotzdem relativ laut ist, mag zwei weitere Gründe haben. Zum einen wirkt offenbar der Druck der russischen Vermittler. Rußland ist der einzige Verbündete der Republik Serbien. Die russischen Emissäre sind die einzigen, die auf internationaler Ebene für eine Lockerung der Sanktionen gegen die Republik Serbien eintreten können. Und hier mag der zweite Grund für die Zurückhaltung liegen. Das seit einem Jahr gegen die Bundesrepublik Jugoslawien (BRJ) verhängte Embargo hat sein Ziel der ökonomischen und sozialen Auspowerung der BRJ erreicht. Die Warenregale sind leergefegt, selbst Grundnahrungsmittel sind kaum noch zu bekommen. Einzig auf dem Schwarzmarkt, der vollständig von mafiaähnlichen Organisationen beherrscht wird, sind zu Horrorpreisen Waren zu bekommen.

Der Durchschnittslohn liegt bei monatlich 40 Dinar. Mit der Einführung des sogenannten „Superdinars“ im Januar, der an die Deutsche Mark angekoppelt ist, wird im Verhältnis 1:1 getauscht. Der offizielle Mindestlohn liegt bei 20 Dinar, wobei Rentner und Rentnerinnen 17 Dinar erhalten. Wer dann ein Kilo Brot (ein Dinar), ein Li-

ter Milch (1,50 Dinar) und ein Kilo Reis (zwei Dinar) nach Hause bringt, hat schon zehn Prozent seines Monatslohns ausgegeben. Unter diesen Bedingungen schwindet die Zustimmung zu der Regierung Milosevic. Bei den letzten Wahlen verlor sie ihre absolute Mehrheit. Stimmengewinne konnten Parteien erzielen, die sich gegen eine Fortsetzung des Krieges aussprechen.

Als kleines Indiz für ein Umkippen der Stimmung in der Republik Serbien mag man auch ein jüngst erschienen Buch mit dem Titel *Odgovor* (Antwort) werten. Die Autorin Mira Markovic ist ordentliche Professorin an der Universität Belgrad, Vorsitzende des „Bundes der Kommunisten – Bewegung für Jugoslawien“ und Frau des serbischen Präsidenten Milosevic.

Ihre Kritik an den Verhältnissen ist bemerkenswert. Sie schreibt: „Verantwortlich für den Auseinanderfall Jugoslawiens seien vor allem nationalistischen Ideen und nationalistische Führer in allen Republiken des früheren Jugoslawiens.“ Und weiter: „Es ist bedauerlich, daß die Kommunisten in den Informationsmedien überhaupt nicht präsent sind ... Ihre politische Ausrichtung ist sehr human und sehr zeitgemäß, ihre Organisation ist groß, und gleichzeitig ist sie die einzige jugoslawische Organisation. In unserer Presse und in unserem Fernsehen dominiert der Geist des Konservatismus und des Nationalismus, es gibt keinen Raum für Ideen und Menschen, die ein wenig jugoslawisch, ein wenig international orientiert oder aber ernsthaft links sind.“ Das kann man nur bestätigen. Inwieweit sich eine solche Strömung durchsetzen kann, ist sehr ungewiß. Möglicherweise soll damit auch nur der Unmut in der Bevölkerung ein wenig gedämpft oder umgelenkt werden. Ein Zeichen für eine Änderung der Situation in Belgrad ist es allemal.



Hitler und Kroaten-Führer Pavelic

(laut unternehmerisch/gewerkschaftlicher Neuspache für ein Arbeitsverbot:) „freizustellen“.

Wie nicht anders zu erwarten, stürzen sich nun aber vor allem jene Medien, die selbst ein gestörtes Verhältnis gegenüber bestimmten freiheitlichen Grundrechten besitzen, auf diese Entlassung. Von „politischer Kündigung“ (*Vorwärts*, 11.3.94), von „waghalsigen Entlassungsgründen“ (ebenda), von „Doppelstrafe“ (*WoZ*), und selbst von „verschlungenen Pfaden“ (*DAZ*) war die Schreibe. Was Wunder, das Ringier daraufhin mit (halb)hochgeklapptem Visier in die Arena trat: Die administrative Tätigkeit von Andi S. in der Bilddokumentation sei eine Gefahr für die Pressefreiheit, verkündete die Pressesprecherin der Ringier AG, Jaqueline Moeri, außerdem schade sie dem Ansehen des Unter-

nehmens und gefährde darüber hinaus „laufende Verhandlungen mit anderen Verlagshäusern“.

Bei welchen Verhandlungen mit wem Andi S. die unerträgliche Laus im Pelz ist, bleibt allerdings bis heute genauso offen wie die Verbindungen zwischen dem Management der Ringier AG, deren Verlagsflaggschiff *Blick* und einem in mehr als einer Hinsicht mehr als dubiosen „Polizeikanal“. Stadtpolizist Josef Scheuber etwa, der in der Fachgruppe für Politisch Motivierte Straftatbestände (MPS) gegen Andi S. ermittelte, geht im Ringier-Verlagshaus aus und ein; ein für seine engen Kontakte zur Polizei bekannter *Blick*-Redakteur, mitverantwortlich für die Verbreitung eines denunziatorischen Rundschreibens gegen Andi S., wurde bei einstündigen „Verhandlungen“ mit einem Mit-

berchtigten „Büro S“, der Politabteilung der Stadt und des Kantons Zürich beobachtet, und – letztendlich – intervenierte niemand geringerer als der Sekretär des *Blick*-Chefredakteurs bereits kurz nach dem Prozeß gegen Andi S. und forderte „Maßnahmen“.

Maßnahmen verlangen zwischenzeitlich allerdings auch die Kolleginnen und Kollegen der Gefeuerten. In einem Schreiben an Michael Ringier, den Verwaltungsratspräsidenten, betonen sie, daß sie in Andi S. „eine liebenswerte, zuverlässige Kollegin“ sehen, mit der sie „auch in Zukunft ... zusammenzuarbeiten“ wünschen. Und: Für Ringier und „den Ruf des Hauses“ sicher nicht ganz leicht zu verdauen, sind zwischenzeitlich nicht nur in der Schweiz, sondern auch aus dem Rest der Welt Proteste laut hörbar: In der BRD haben Journalist/-in-

nen, Filmemacher/-innen und Mitarbeiter/-innen in Verlagen und Redaktionen die sofortige Rücknahme der Kündigung verlangt, und mehrere Betriebe des grafischen bzw. Druckgewerbes werden auf bevorstehenden bundesweiten Branchentreffen die „Blick-Ringier-Polizei-Connection zum Schutz der Pressefreiheit“ zur Sprache bringen.

Ob es die Herren und Damen aus den Etagen und hinter den Kulissen anfißt? Wer weiß. Zwar heißt es – frei nach Goethe und Kanzler Kohl – „laß die Köter ruhig bellen, es beweist nur, daß die Karawane weiterreitet“; aber, was sagte Bert Brecht im *Aufbaulied* (1949):

„Und das Schieberpack, das uns verblieben, / das nach Freiheit jammert früh und spat, / und die Herren, die die Schieber schieben, / schieben wir per-
b) aus unserm Staat.“ — (MS)

Kein Krebs durch bundesdeutsche AKWs?

Im Februar 1992 wurde vom Institut für Medizinische Statistik und Dokumentation (IMSD) in Mainz unter der Leitung von J. Michaelis und finanziert durch den Umweltminister Töpfer (CDU) eine Studie über die „Häufigkeit von Krebserkrankungen im Kindesalter in der Umgebung westdeutscher kern-technischer Anlagen“ veröffentlicht. Ihre Kernaussage war, „daß keine Erhöhung der Krebserkrankungen in den Kernkraftwerksregionen feststellbar sei“. Daraufhin entstand zunächst eine kontroverse Expertendiskussion in verschiedenen Zeitschriften, unter anderem in der *Münchener Medizinischen Wochenschrift* zwischen dem Studienleiter J. Michaelis und R. Scholz. Das veranlaßte den Münchner Strahlenbiologen und Mediziner Prof. E. Lengfelder, Mitglied der schleswig-holsteinischen Expertenkommission zur Aufklärung der Elbmarsch-Leukämien, zu den verschiedenen Bewertungen der IMSD-Studie Stellung zu nehmen.

Im folgenden — etwas gekürzt und deshalb auch geringfügig bearbeitet — Auszüge aus dieser Stellungnahme. — (edl)

Die IMSD-Studie bezog sich auf den Untersuchungszeitraum von 1980 bis 1990. Erst nach Abschluß der Studie zeigte sich in der Elbmarsch östlich von Hamburg in unmittelbarer Nähe zum Atomkraftwerk Krümmel eine ungewöhnliche Leukämie-Häufung: sieben Fälle von maligner Störung der Blutbildung, darunter fünf akute Leukämien bei Kindern; wenig später vier weitere Fälle bei Erwachsenen. Der statistische Erwartungswert für die dortige Bevölkerung wäre ein Leukämiefall in 20 Jahren gewesen. Die Studie hat diese Fälle überhaupt nicht berücksichtigen können.

Mängel und Kritikpunkte

R. Scholz, ebenfalls Mitglied der schleswig-holsteinischen Expertenkommission, hat an der IMSD-Studie bereits eine Reihe von Mängeln und Kritikpunkten aufgedeckt.

Die IMSD-Studie ist u. a. so angelegt, daß kritische Daten verdünnt werden. Dies geschieht:

- a) durch Mittelung der statistischen Durchschnitts für alle 20 Reaktoren, große und kleine, alte und neue,
- b) durch Mittelung der Betriebszeiten der AKWs (bei jüngeren AKWs sind die relativ langen Latenzzeiten bis zum Auftreten der Tumore außer acht gelassen) und
- c) durch den Schematismus kreisförmiger Untersuchungszonen und mangelnde

Zu Töpfers Behauptung, bei westdeutschen AKWs sei keine erhöhte Krebserkrankung feststellbar



Beachtung der standortspezifischen Ausbreitungs- und Verteilungskriterien radioaktiver Emissionen.

Die von J. Michaelis vorgetragene Kernaussage, nach der keine Erhöhung von Krebserkrankungen feststellbar war, trifft also nur dann zu, wenn man innerhalb einer 15 km-Zone alle Atomkraftwerke, alle Kinder unter 18 Jahren und alle Krebserkrankungen in einem statistischen Durchschnitt „mittelt“.

Trotz dieser genannten Mängel ergibt sich aus der Studie in der Detailanalyse der Daten, daß eine Beziehung von Krebs mit den Standorten der AKWs genau dort erkennbar wird, wo dies aufgrund des bestehenden wissenschaftlichen Erkenntnisstandes am ehesten zu erwarten wäre:

- a) in den Nahzonen von Atomkraftwerken,
- b) in den Altanlagen,
- c) bei der strahlungsempfindlichen Gruppe von Säuglingen und Kleinkindern und
- d) beim strahleninduzierten Krebs mit der kürzesten Latenzzeit, der akuten Leukämie.

Versuch, die Kritikpunkte pauschal zu entkräften

J. Michaelis Studie ist im Design eine auf Deutschland übertragene Kopie einer früheren englischen Großstudie, die für die Untersuchung der Beziehung zwi-

schen einem spezifischen Umweltfaktor und einer Krankheit den heute vorliegenden Wissenschaftsstand nicht berücksichtigt. Es hätten sonst sämtliche bekannten und denkbaren Besonderheiten des Umweltfaktors (Art, Lage und Betriebszeit der Anlagen, Ausbreitungs- und Belastungspfade der radioaktiven Emissionen usw.) und der in Frage stehenden Krankheiten (Art und Latenzzeiten der durch Strahlung induzierten Tumore usw.) Bestandteil des Studiendesigns sein müssen.

Beleg für Unbedenklichkeit?

Daß sich trotz dieser Mängel im Design der IMSD-Studie erhöhte, Standort-assoziierte Risiken ergeben haben, ist ein zusätzlicher Grund, warum es wissenschaftlich nicht vertretbar ist, daß der (bekanntenmaßen kernkraftfreundliche) Bundesumweltminister Töpfer, die von ihm berufene Strahlenschutzkommission und die Atomindustrie die IMSD-Studie als Beleg für gesundheitliche Unbedenklichkeit der Atomanlagen anführen.

Anders als J. Michaelis stellten vier deutsche Epidemiologen, die eine Begutachtung der IMSD-Studie durchzuführen hatten, heraus, daß für 60 Prozent aller Fälle kindlicher Krebserkrankungen (Leukämien, Lymphome, Neuroblastome) in den Kernkraftregionen ein erhöhtes Risiko auch für die 15 km-Zone und

für 0 bis 15 Jahre festgestellt worden ist. Daraufhin erklärte auch J. Michaelis, es sei unzulässig, seine Studie als Beweis dafür zu zitieren, daß AKWs gesundheitlich unbedenklich seien. Zwei Monate später äußerte er sich aber wieder in der töpferfreundlichen Version.

In der Studie wird ausgesagt, daß in Westdeutschland die Zahl der Kinder-Krebs-Fälle im Verlauf des Untersuchungszeitraums von zehn Jahren um 40 Prozent angestiegen ist. Dieses Ergebnis sei jedoch — so J. Michaelis — erfassungstechnisch bedingt. An anderer Stelle wird bei ihm der Erfassungsgrad der Krebsfälle aber mit 95 Prozent angegeben. Also ist der Anstieg der Krebsfälle bei Kindern um 40 Prozent dann doch ein reales Ergebnis.

Strahlenwirkung unterschätzt

Wir müssen heute davon ausgehen, daß das karzinogene Strahlenrisiko (auch bei Gammastrahlung) bisher um mindestens den Faktor 10 unterschätzt worden ist. Die biologische Wirkung von Neutronenstrahlung ist höher als bisher angenommen. Ebenso wird das Strahlenrisiko durch das natürliche Radionuklid Radon heute als mehrfach höher eingeschätzt als noch vor wenigen Jahren. Bei der Karzinogenese durch Strahlung gibt es keine unwirksame Dosen, d. h. auch kleine Dosen erhöhen das Risiko.

Wenn Experten behaupten, im Falle der Leukämiehäufung in der Elbmarsch scheide das AKW Krümmel als möglicher Versursacher aus, weil in den Bereichen der Betreiber und der Überwachungsbehörde nur geringe Freisetzung dokumentiert seien, ist das völlig unkritisch gesehen. Gleiches gilt für die Behauptung, das AKW scheide als möglicher Versursacher aus, weil auch in atomkraftfreien Regionen Leukämiehäufungen auftraten. Offensichtlich kommt hier der naheliegende Gedanke nicht zustande, daß in dem einen Gebiet die Strahlung, in dem anderen eine chemische, genetische oder Virus-assoziierte Ursache Grund für Leukämie sein kann. In der Elbmarsch wurden die denkbaren Ursachen wie chemische Stoffe, elektromagnetische Wellen, Röntgenbelastung, Viren, Innenraumgifte u. v. a. bis hin zu möglichen Belastungen der Muttermilch untersucht. Es ergab sich keinerlei Anhalt für einen ursächlichen Zusammenhang. Auf der Grundlage aller vorliegenden Erkenntnisse ist Strahlung also weiterhin die einzig plausible Hypothese für die Entstehung der Leukämien in der Elbmarsch. (aus: „Meßwert-Info“ 21/93)

Fichtel & Sachs: Erstmals Frauen auf dritter Schicht

Schweinfurt. Gestützt auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichts, das das Nachtarbeitsverbot für Frauen als Verstoß gegen die Gleichberechtigung wertete, ist bei Fichtel & Sachs eine dritte Schicht für Arbeiterinnen eingeführt worden. Der Betriebsrat gab „als absolute Ausnahme“ die Erlaubnis für eine Kostenstelle (sechs Frauen), nachdem die Arbeiterinnen dort selbst die Zustimmung gefordert hatten. Verschiedene Bedingungen knüpfte der Betriebsrat an seine Zustimmung:

- Einsatz nur von Frauen, die von sich aus den Wunsch auf dritte Schicht äußern
- Beendigung der dritten Schicht, wenn Probleme auftauchen
- Berücksichtigung von Bedürfnissen wie Körperversorgung und die Pflege

bedürftiger Personen

— Rücksichtnahme auf Fahrtgemeinschaften, arbeitsplatznahe Parkplätze

Daneben fordert der Betriebsrat Gespräche über Regelungen zur Abwendung von Schädigungen zur Arbeitnehmerin in Nacharbeit unter Einbindung des werksärztlichen Dienstes und Diskussion der Erfahrungen der betroffenen Frauen nach einem halben Jahr.

Etwa 50 Frauen aus einem anderen Bereich sind dagegen während der Arbeitszeit auf die Betriebssitzung gezogen und haben den Betriebsrat aufgefordert, Nacharbeit für Frauen abzulehnen.

— (cls)

IBM Sindelfingen: IGM erzielt noch keine Fortschritte

Sindelfingen. Die von der IG Metall im Februar erneut durchgeführten Protestaktionen vor den IBM-Betriebstoren haben



„Jetzt schlägt's 13!“, unter diesem Motto versammelten sich am 8. März, dem Frauentag, rund 400 Frauen in der Essener Innenstadt. Auch in einigen Betrieben fanden Aktionen statt, in der Metallindustrie z. B. Flugblattaktionen für die Unterstützung der Kandidatinnen bei den Betriebsratswahlen. — (aus: Lokalberichte Essener, 8./9. März 1994, Foto: M. Sch.)

LANDTAGSWAHL NIEDERSACHSEN

Die „Linke Liste“ erhält 8 180 Stimmen

Am 19. März beriet die „Linke Liste Niedersachsen“ über das Ergebnis der Landtagswahlen.

Bei den niedersächsischen Landtagswahlen am 13.3.94 erhält die SPD unter Schröder bei 0,1% Zuwachs 44,3% der Zweitstimmen. Mit 81 Mandaten — alles Direktmandate — hat sie nun die absolute Mehrheit und wird die neue Landesregierung stellen. Die CDU verliert 5,6% und kommt auf 36,4%. Von den bisher von ihr gehaltenen 39 Wahlkreisen fallen 20 an die SPD. Die CDU erhält aber unter anderem wegen des Ausgleichs der SPD-Direktmandate zum SPD-Zweitstimmenergebnis weiterhin 67 Mandate. Die FDP scheitert mit 4,4% (1990: 6%) zum drittenmal nach 1970 und 1978 an der Fünf-Prozent-Klausel. Bündnis 90/Die Grünen können ihren Stimmenteil von 5,5% (1990) auf 7,4% ausbauen. Ihre Fraktion wird mit 13 Mandaten — fünf mehr als 1990 — in der Opposition sein. Die Wahlbeteiligung lag nur bei 73,8% (1990: 74,6%).

Von der Landtagswahl ausgeschlossen waren Hunderttausende ausländischer Bewohner Niedersachsens wegen fehlenden Wahlrechts.

Bei der SPD zeigt sich schon, daß nach dem Ausscheiden von Bündnis 90/Die Grünen aus der Landesregierung noch mehr die „Standortpolitik“ mit „Weltmarktorientierung“ zum Tragen kommen wird. Diese „Ansätze“, so Wulff, CDU-Spitzenkandidat und neuer Fraktionsvorsitzender, werden dann auch ihre parlamentarische Unterstützung bei der CDU finden.

Die weitere Pöppelung der hier ansässigen Konzerne unter der Losung „Sicherung von Arbeitsplätzen“ ist bereits angesagt. Noch am Wahlabend stellte der alte und neue Ministerpräsident klar, daß nun „Industriepolitik“ ohne Störungen betrieben werden könne. Der Präsident der Unternehmensverbände Niedersachsen, Bahlsen, forderte Schröder zugleich auf, die „wirtschaftsfreundliche Haltung“ unter Beweis zu stellen. Von der künftigen SPD-Alleinregierung werde unter anderem erwartet, dem Transrapid zuzustimmen, die Genehmigungsverfahren zu verkürzen, die Verwaltung kostengünstiger zu gestalten und in der Abfallpolitik sich zügig zu einigen.

Die Republikaner sind mit 3,7% der Zweitstimmen nicht in den Landtag eingezogen. Vielerorts wurde ihr Auftreten durch antifaschistische Aktionen gestört oder verhindert. Dennoch konnten sie ihr Stimmenergebnis von 1,5% 1990 mehr als verdoppeln. Neben einer Landesliste traten sie in 55 Wahlkreisen mit

Direktkandidaten an. Es gelang ihnen, ihre Wählerbasis flächendeckend auszubauen, wobei sie in einigen Städten — so in Hannover — über 5% erhielten. Über die Wahlkampfkostenerstattung werden ihnen große Geldmittel zufließen. Ihre parlamentarische Etablierung weiter zu verhindern, ist eine zentrale Aufgabe des Widerstandes bei den bevorstehenden Europa- und Bundestagswahlen. Die NPD erhielt neuerlich 0,2%.

Die „Linke Liste Niedersachsen“ (LLN) hat 8180 Zweitstimmen gleich 0,2% erhalten. Gleichwohl sind die für die „Linke Liste“ abgegebenen 8180 Stimmen ein wichtiger Faktor in der weiteren Gestaltung linker Politik in Niedersachsen. Die aus der Linken an unserer Kandidatur vorgetragenen Kritiken, wie „Sektierertum“, „Parlamentarismus“ oder „anachronistisches Überbleibsel“, haben sich mit dem Ergebnis nicht bestätigt, sind damit aber auch nicht ausgeräumt. Wir halten an unserer Auffassung fest, daß sich die Handlungsfähigkeit linker Politik nur durch Kooperation verbessert und daß sich der Widerstand anlässlich von Wahlen in der öffentlichen Meinung Raum verschaffen muß. Die Ergebnisse der „Linken Liste“ zeigen: Dort, wo bereits seit den Kommunalwahlen 1991 kommunalpolitische lokale Bündnisse arbeiten, beziehungsweise dort, wo lokale Unterstützungsgruppen der „Linken Liste“ arbeiten, liegen die Ergebnisse auf und über Landesdurchschnitt.

Auf die 100 Wahlkreise verteilen sich die Ergebnisse wie folgt:

- In 18 Wahlkreisen erhält sie von 0,3% bis 1,4%,
 - in 28 Wahlkreisen liegt sie auf dem Landesdurchschnitt von 0,2%,
 - in 53 Wahlkreisen erhält sie 0,1% — und in einem Wahlkreis — aufgrund des geringen Stimmenergebnisses — 0,0%.
- In vier Wahlkreisen hatten Direktkandidaten der „Linken Liste“ kandidiert. Sie erzielten zusammen 1429 Stimmen, dies sich wie folgt ergeben:
- Hannover-Mitte 0,7% (Landesliste: 0,6%);
 - Hannover-Linden 1,6% (1,1%);
 - Hannover-Limmer 0,7% (0,5%) und
 - Osnabrück-Ost 0,7% (0,3%).

Die Ergebnisse zeigen auch, daß Linke Listen nicht auf Kosten der grünen Wählerbasis gut abschneiden. Dort, wo die „Linke Liste“ gute Ergebnisse erzielte (von 0,5% bis 1,4%), konnte sich auch Bündnis 90/Grüne über Landesdurchschnitt verbessern.

Die „Linke Liste“ bestritt die Landtagswahlen mit knapp 9000.- DM. Davon konnten ein Radio- und ein Fernsehspot, 35000 Wahlzeitungen und 5000 Plakate finanziert werden. Desweiteren wurden 1000 Programme verkauft. Dies erlaubte nur eingeschränkte Möglichkeiten, sich in der Öffentlichkeit Gehör zu verschaffen. Um so mehr sind die 8180 Stim-

men von Bedeutung.

Die Kandidatur der „Linken Liste“ hat die Beziehungen und die Kooperation der selbsttätigen lokalen Kräfte des Widerstandes befördert. Die „Linke Liste“ hat zu programmatischen Fragen Beiträge geleistet, die gemeinsamer Bestandteil der weiteren lokalen Arbeit und des landesweiten Zusammenhanges bleiben werden. Dies alles bietet für die weitere Zusammenarbeit und die anstehenden Aufgaben — auch anlässlich der bevorstehenden Europa- und Bundestagswahlen — eine gute Grundlage.

— (Landesmitgliederversammlung der Linken Liste Niedersachsen, Hannover, den 19.3.94 — einstimmig beschlossen)

Linke Liste

Niedersachsen (LLN)

FREIBURG

Kommunalwahlen: „Linke Liste“ tritt an

Seit zwei Legislaturperioden ist jetzt die Linke Liste/Friedensliste Freiburg mit einem Sitz im 48köpfigen Stadtrat vertreten.

Nachdem das linke Personenbündnis, in dem bislang neben überwiegend Unorganisierten auch Mitglieder der DKP und des BWK mitarbeiten, bei den letzten Wahlen nicht allzuweit von einem zweiten Sitz entfernt war, laufen jetzt die Vorbereitungen für die kommenden Kommunalwahlen in Baden-Württemberg. Anfang Februar bereits wurde die Kandidatenliste aufgestellt. Überraschend einfach ist es gelungen, die bisherige Basis der Linken Liste/Friedensliste etwas zu erweitern und eine volle, 48-köpfige Liste von Leuten aufzustellen, die ein breites linkes Spektrum in der Stadt repräsentieren.

Vertreten sind neben den bisher die Liste tragenden politischen Kräfte u.a. frühere Mitglieder der Grünen, die mit dem zumindest in Freiburg vorherrschenden staatstragenden Kurs dieser Partei nicht einverstanden sind, und der Jungdemokraten, dem Jugendverband der Grünen in Baden-Württemberg. Daneben kandidieren zwei SPD-Mitglieder, die jetzt mit Parteilassschlußverfahren rechnen, Studentinnen und Studenten, die im u-AStA der Universität mitarbeiten, und verschiedene Betriebs- und Per-

sonalräte. Die neu gebildete PDS-Gruppe in Freiburg hat Interesse und Bereitschaft zur Mitarbeit bekundet, stellt aber wegen ihrer erst erfolgten Konstituierung keinen Kandidaten.

Im Vorfeld der Listenaufstellung kam es zu unerfreulichen Auseinandersetzungen mit einer sich ökologischen Zielsetzungen verbunden fühlenden Gruppe von (überwiegend) Studenten und Schülern namens „Auftakt“. Die Liste hatte ihnen Gespräche über Zusammenarbeit und eventuell eine gemeinsame Kandidatur angeboten. „Auftakt“ wollte jedoch (bevor über Inhalte verhandelt war) zur Bedingung einer Beteiligung machen, daß die Kennzeichnung „links“ aus dem Namen der Liste, weil „nicht mehr zeitgemäß“, verschwinden müsse. Dies wurde von allen anderen der alten und neuen Mitglieder der Liste eindeutig abgelehnt, als opportunistisches Nachgeben gegen den Druck von rechts.

Ebenfalls ergebnislos verlaufen sind Gespräche mit der Gruppierung „Unabhängige Frauen“. Diese Frauengruppe hatte bei den letzten OB-Wahlen eine (linke) Kandidatin gegen den amtierenden OB Böhme (SPD) aufgestellt und auf Anhieb ein ausgezeichnetes Ergebnis erzielt. Einige Frauen dieser Gruppe (darunter die damalige OB-Kandidatin) hatten jetzt beschlossen, auf der Liste der Grünen zu kandidieren. Trotz ausdrücklicher Erklärung „politischer Nähe“ zur Linken Liste haben sich die übrigen „Unabhängigen Frauen“ nun doch nicht für eine gemeinsame Kandidatur mit der Linken Liste entschlossen, sondern werden voraussichtlich eine eigene Frauenliste aufstellen, die im übrigen gegen eine weitere reine Frauenliste antreten muß, die eine bei der Nominierung der Grünen durchgefallene bisherige grüne Stadträtin anführt.

Neben den bisher im Gemeinderat vertretenen Parteien (CDU: 14 Sitze, SPD: 13, Grüne: 10, FWV: 3, FDP: 3, REP: 3, ÖDP: 1, Linke Liste/Friedensliste: 1) werden zu den Kommunalwahlen also zusätzlich die beiden Frauenlisten und sicher die auch in Freiburg gegründete „Statt-Partei“ (unter Führung eines früheren NSDAP-Mitglieds und heutigen Freiburger Immobilienmaklers) antreten.

Ziel der Linken Liste ist es auf jeden Fall, den bisherigen Sitz zu verteidigen und nach Möglichkeit einen zweiten zu holen. Prognosen sind allerdings schwierig: Wahrscheinlich werden die Rechtsaußen (REP und Statt-Partei) nochmals zulegen können. Viele rechnen mit Verlusten für die CDU und (noch leichter) Gewinnen bei den Grünen. Ob die SPD ihre bisherigen Ergebnisse wird halten können und wie sich die am gleichen Tag angesetzten Europawahlen auf Wahlbeteiligung und Stimmenergebnisse auswirken werden, ist aber ziemlich offen. — (kh)

nicht ausgereicht, den Konzern zu zentralen Tarifverhandlungen zu bewegen. Während in den derzeit tariflosen IBM-Tochtergesellschaften IBM Systeme und Netze (Ehningen), IBM Entwicklung (Böblingen) und IBM Bildungsgesellschaft (Herrenberg) die Geschäftsleitungen Druck auf die Betriebsräte ausüben, per Betriebsvereinbarung längeren Arbeitszeiten bei reduzierten Einkommen zuzustimmen, hat die IG Metall in diesen Betrieben nun lokale Tarifkommissionen gebildet. Verhandlungsaufforderungen blieben bislang unbeantwortet, stattdessen lassen die Geschäftsleitungen erkennen, daß sie lieber mit der DAG eine Übernahme des bei der Stuttgarter IBM Informationssysteme GmbH vereinbarten Arbeitszeitverlängerungs-Tarifvertrages erreichen wollen.

Die IBM Entwicklung GmbH hat mittlerweile die Zahlung der betrieblich vereinbarten, im DAG-Tarif aber gestrich-

nen 624-DM-Vermögensleistung eingeräumt, zum Ausgleich wurde allerdings eine Sonderzahlung um 600 DM reduziert. — (wor)

Jugendarrest für Totalverweigerer

Goslar. Der Totalverweigerer Jan Steyer aus Nordholz wurde vom Goslarer Amtsgericht wegen fortgesetzter Gehorsamsverweigerung zu vier Wochen Jugendarrest verurteilt. Das Gericht folgte damit dem Antrag des Staatsanwalts. Der Verteidiger hatte Straffreiheit beantragt. Keinen Einfluß auf das Urteil hatte die Prozeßklärung des Angeklagten, der auch den Ersatzdienst ablehnt, da dieser „als Kriegsdienst in die Gesamtverteidigung eingebettet“ sei. 56 Tage Disziplinararrest hat Steyer im Goslarer Fliegerhorst verbüßt. Sein Verteidiger bezeichnete es als Skandal, daß heute

noch die Sanktion des Arrests bei der Bundeswehr gebe. Der Staat sehe Freiheitsstrafe nur als letztes Mittel an, „aber in der Kaserne gelten Regeln, die sonst undenkbar wären“. Das Gericht teilte mit, daß sich Steyer nicht auf Art. 4 GG (Glaubens- und Gewissensfreiheit) berufen könne, da die Bundeswehr von einer politischen Mehrheit und der Bevölkerung getragen werde. — (suo)

Morddrohung wegen Kurdistan-Fotos

Norderstedt. Im Zusammenhang mit Aktionen der Volkshochschule zum Thema „Gegen Fremdenfeindlichkeit, Rechtsextremismus und Gewalt“ stellte die Antirassistische Gruppe Fotos über „Fluchtursachen — am Beispiel der Kurden“ zur Verfügung. Wenn so etwas auf dem Abschlußfest am 28. Februar gezeigt würde, so drohte der Türkisch-

Deutsche Kulturverein (der ca. 1000 Mitglieder zählt), „würden ihre Frauen für die Veranstaltung das geplante Essen nicht kochen“.

Die Ausstellung wurde ab dem 3. März zwei Wochen im Forum des Norderstedter Rathauses gezeigt. Viele Menschen äußerten, daß sie großen Eindruck auf sie gemacht habe, und mehrere Institutionen haben inzwischen die Fotoserie für eigene Veranstaltungen bestellt. Fast hätten empörte Türken eine Demonstration gegen diese Ausstellung gemacht. Kurz vor Ende der Ausstellung rief ein perfekt deutsch sprechender, vermutlich aus Hamburg stammender Türke bei der Fotografin an und drohte ihr nach einer viertelstündigen Diskussion ziemlich unmißverständlich mit Mord. „Paß du nur auf deine schönen Augen auf! Hamburg kocht! Wenn du nicht aufhörst, wirst du noch jammern!“ — (h.)

Stihl: Flächentarif in traditioneller Form ist passé

Einige Gesichtspunkte zum Tarifabschluß in der Metallindustrie

Im engsten Kreis hatten sich die „Spitzen“ von Gesamtmetall und IG Metall am 5.3. in Hannover auf einen „Pilotabschluß“ für die diesjährige Tarifbewegung in der Metallindustrie geeinigt. Am nachfolgenden Montag hätte in Niedersachsen die Streikbewegung begonnen, 92,2% der befragten IG-Metall-Mitglieder hatten in einer Urabstimmung für Streikmaßnahmen gestimmt. Inzwischen wurde das Tarifergebnis in einer zweiten Urabstimmung mit 63,6% gebilligt. Die wichtigsten Punkte des Tarifabschlusses sind:

- Lohn, Gehalt und Ausbildungsvergütungen werden bei einer zwölfmonatigen Laufzeit ab 1.6.1994, also mit fünf Nullmonaten, um 2% erhöht, frühester Kündigungstermin ist der 31.12.1994.

- Die betriebliche Sonderzahlung („Weihnachtsgeld“) wird 1994 um 10 Prozentpunkte abgesenkt.

- Betriebliche Sonderzahlung und die zusätzliche Urlaubsvergütung („Urlaubsgeld“) werden 1994, 1995 und 1996 auf der Basis vom 31.5.1994 berechnet.

- Der Ausgleichszeitraum für die ungleiche Verteilung der Arbeitszeit auf die Tage und Wochen beträgt statt bisher 6 Monate jetzt längstens 12 Monate.

- Die Bestimmungen über Urlaub, Urlaubsvergütung und zusätzliches Urlaubsgeld werden wieder in Kraft gesetzt, frühestens kündbar zum 31.12.1996. Mehrarbeitszuschläge gehen aber nicht mehr in die Berechnung mit ein.

- Die Betriebsparteien können durch freiwillige Betriebsvereinbarung die regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit auf eine Dauer von unter 36 bis 30 Stunden (mit Ausnahme der Auszubildenden) kürzen. Gilt diese Kürzung für die gesamte Belegschaft, vermindern sich die Monatslöhne und Gehälter entsprechend der verkürzten Arbeitszeit. Gilt die Verkürzung nur für Betriebsteile, Abteilungen oder Beschäftigtengruppen, so gibt es einen abgestuften Teillohnausgleich, beginnend mit 1,0% bei 35 Stunden, über 2,1 / 3,2 / 4,4 / 5,6 bis 7% bei 30 Stunden. Wer auf 30 Stunden gesetzt würde, hätte dann also statt 17% „lediglich“ 10% Lohnverlust. Wenn die Gesamtbelegschaft von der Verkürzung betroffen ist, so wird eine betriebsbedingte Kündigung frühestens mit dem Ablauf der Betriebsvereinbarung wirksam. Sind nur Belegschaftsteile betroffen, gibt es keinen Kündigungsschutz, die Betriebsparteien werden sich dann „darum bemühen, daß den Arbeitnehmern infolge der verkürzten Arbeitszeit kein Nachteil bei dem Bezug von Arbeitslosengeld entsteht“. Die Betriebsparteien können die Sonderzahlung und das Urlaubsgeld auf das Monatsentgelt umlegen, um „die Absenkung der Monatslöhne und -gehälter zu vermeiden oder zu vermindern“.

- Auszubildende werden „im Grundsatz“ nach bestandener Abschlußprüfung für mindestens sechs Monate übernommen, soweit dem nicht personenbedingte Gründe entgegenstehen. Mit Zustimmung des Betriebsrats kann von der Übernahme abgewichen werden, wenn „akute Beschäftigungsprobleme“ vorhanden sind oder der Betrieb über seinen Bedarf hinaus Ausbildungsverträge abgeschlossen hat.

- Die bestehende Tarifklausel, nach der je nach Tarifgebiet 13% oder 18% der Beschäftigten bis 40 Wochenstunden arbeiten können, wird vereinfacht. Die Ausgleichsmöglichkeit Freizeit entfällt, die verlängerte Arbeitszeit wird generell bezahlt. Ankündigungs- und Änderungsfristen für diese Möglichkeit werden auf drei Monate reduziert.

Nach Saldobildung auf der Lohnseite handelt es sich um einen Null-, vermutlich eher um einen nominalen Minusabschluß. Die fünf Nullmonate reduzieren die abgeschlossenen 2% auf 12 Monate bezogen auf ca. 1,17%. Hinzu kommt die Absenkung des Weihnachtsgeldes und das Einfrieren von Urlaubs- und Weihnachtsgeld für drei Jahre. Damit hat Gesamtmetall-Hauptgeschäftsführer Kirchner sein wesentliches Ziel erreicht. „Der Artikel 0 des Grundgesetzes ‚Der Besitzstand ist unter allen Umständen zu wahren‘ kann künftig ... keine Geltung mehr haben“, hatte er vorgegeben (*Handelsblatt*, 29.9.93). DIHT-Präsident Stihl ebenso, er hatte den Zweck der Tarifkündigung durch die Metallindustriellenverbände so begründet: „Ich meine das ganz so, wie ich es sage: kein einziges Prozent Lohnerhöhung und somit auch keinen Preisausgleich“ (ebenda). Stihl bemerkt ausdrücklich, daß es mit dem Abschluß keine überproportionale Anhebung der unteren Lohngruppen gegeben habe, und fordert die Wiedereinführung der gestrichenen Niedrigstlohngruppen I und II im Interesse der „Wiedereingliederung von Arbeitslosen“ (*HB*, 9.3.94).

Bereits 1993 haben die Arbeiterhaushalte knapp 2 Prozent Reallohnverlust in Kauf nehmen müssen. Dies wird sich nach diesem Abschluß dramatisch fortsetzen. Die Teuerung und sämtliche Regierungsmaßnahmen treffen die lohnabhängige Bevölkerung ungebremst. Sämtliche lohnbezogenen Einkommen (Arbeitslosengeld, Sozialhilfe, Rente) sacken weiter mit ab. Gleichzeitig füllen sich die „Kriegskassen“ der deutschen Konzerne. BMW hatte Rower noch während der laufenden Tarifbewegung geschluckt.

Mit den vereinbarten Arbeitszeitregelungen finden die altverfolgten Flexibilisierungsbestrebungen der Kapitalisten eine gewisse Erfüllung. „Die Differenzierung der Arbeitszeit, die jetzt in der Metall- und Elektroindustrie gegeben sei, könne als ausreichend betrachtet werden“, sagt Stihl (*HB*, 9.3.). Eine Jahresarbeitszeit wird möglich. Die Schranken für die tägliche Höchstdauer des Arbeitstages und das freie Wochenende im Tarif sind dürrt oder nicht vorhanden. Die ungleiche Verteilung der Arbeitszeit wird also seine Grenzen lediglich in der gesetzlichen Arbeitszeit-

ordnung finden.

Das neue Arbeitszeitgesetz hat gerade den Bundestag passiert. Mit Zustimmung der Betriebsräte kann die tägliche Höchstarbeitszeit über zehn Stunden erhöht werden, Sonn- und Feiertagsarbeit aus rein wirtschaftlichem Antrieb wird erlaubt (*HAZ*, 11.3.94). Die Nichtausdehnung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 40 Stunden, wie von Gesamtmetall ursprünglich verlangt, kann in Großbetrieben durch Organisationsmaßnahmen kompensiert werden. Die „Mittelständler“ haben über die fehlende absolute Verlängerung der Arbeitszeit die Nase gerümpft und setzen betrieblich unter just-in-time-Druck bereits nach.

Ein echter Entlassungsschutz bei den vereinbarten Arbeitszeitverkürzungsmaßnahmen besteht nicht. Die Betriebsräte haben auch keine Möglichkeit, „Arbeitszeitverkürzung statt Massenentlassungen“ zu erzwingen. Ohnehin stehen Betriebsräte angesichts von drohenden Massenentlassungen unter einem hohen Erpressungsdruck. Da kann es leicht passieren, daß die „Tarif-Teilzeit“ gegen eine vielleicht günstigere Kurzarbeitsregelung durchgedrückt wird. An der Aufbringung des Kurzarbeitergeldes über die Arbeitslosenversicherung wären auch die Arbeitgeber beteiligt, die „Tarif-Teilzeit“ bezahlen ausschließlich die Arbeitnehmer. Zumindest im Ansatz wäre dies ein Baustein zu der stattfindenden Aushöhlung der paritätischen Finanzierung der Sozialversicherung. Bei „Tarif-Teilzeit“ für Belegschaftsgruppen ist auch nicht gewährleistet, daß das Arbeitslosengeld nach einer Entlassung nicht im Vergleich zum Vollzeit-arbeitsverhältnis gesenkt wird.

Nach einem Zweijahreszeitraum mit „Tarif-Teilzeit“ wird auch ein neuer betrieblicher Lohnstandard vorhanden sein. Und ein neuer Intensitätsstandard. Nicht-Teilzeitbeschäftigte werden kaum mehr mithalten können, Teilzeitbeschäftigung wird einen Schub erfahren. Das Sozialversicherungssystem allerdings setzt zur eigenständigen Existenzsicherung nach wie vor eine Vollzeitbeschäftigung voraus. Gleichzeitig wird das tarifierte „Normalarbeitsverhältnis“, das ja immerhin mit dem Anspruch verbunden war, daraus selbständig leben zu können, unterschliffen. Armut und Tarifarbeit wird statthaft.

Die „Tarif-Teilzeit“ rechtfertigt offen-

sichtlich die Verschlechterung von Lohn und Arbeitszeit zugunsten einer „Arbeitsplatzsicherung“. Diese „Botschaft“ wird eine neuerliche Diskussion über das Günstigkeitsprinzip auslösen. Da nach dürfen Tarif-Mindeststandards nicht unterschritten werden. Wenn die „Sicherung des Arbeitsplatzes“ aber zum „höchsten Gut“ wird, also die betriebliche Kostensenkung zum Erhalt der Konkurrenzfähigkeit, hätten gar keine sozialen Mindestbedingungen mehr Bestand vor betriebsvereinbarter oder individualvertraglicher Öffnungen. „Die betriebliche Öffnung muß und wird bleiben, der Flächentarifvertrag kann in seiner traditionellen Form nicht mehr fortgesetzt werden ...“, sagt DIHT-Präsident Stihl bereits als Folge des Tarifabschlusses voraus (*HB* 9.3.94).

Kirchner hatte bereits im Dezember eine strategische Weichenstellung als Aufgabe des Tarifabschlusses definiert. Bei Lohn und Gehalt nur noch Mindestbedingungen, also mit Abweichmöglichkeiten, festlegen, bei der Arbeitszeit bloße Rahmenbedingungen aushandeln und für alles andere betriebliche Gestaltungsspielräume eröffnen. „Dies geht nur Schritt um Schritt, eine solche Reformation unseres Tarifsystems wird man nicht in einem Jahr schaffen, aber die Wende muß jetzt im Jahre 1994 sichtbar werden“ (*HB*, 8.12.93). Arbeitgeberpräsident Muhrmann berichtet Vollzug. Er sieht in dem Tarifvertrag einen „Aufbruch in zeitgemäße neue Strukturen von Arbeitsorganisation, Arbeitszeit und Arbeitskosten“ (*HAZ*, 16.3.94). Überfällig sei nun „eine Trendwende bei den Personalausatzkosten“.

Mit der Kündigung der Urlaubsbedingungen als „Holzhammermethode“ (Stihl) hat Gesamtmetall den Abschluß durchgesetzt. Dieses Muster läßt sich wiederholen. Zum 31.12.95 ist das Weihnachtsgeld kündbar, ab 31.12.96 sind die Urlaubsbedingungen wieder offen, die Vermögenswirksamen Leistungen sind kurzfristig verhandelbar, und vor der Einführung der 35-Stunden-Woche am 1.10.95 sind auch noch Gespräche zu führen. Die Branchenverbände kündigen weiteren Personalabbau an. Für Handlungsdruck in Sachen „Reformation unseres Tarifsystems“ unter dem Titel „Arbeitsplätze sichern“ ist also gesorgt — (gka)



Foto: all

Ostdeutschen zu ihrem Recht zu verhelfen

Jahreshauptversammlung der Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e.V.

Seit fast drei Jahren existiert nunmehr die Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e.V. (GBM). In ihrem Organ, dem *Ostdeutschen Journal* (das z. Zt. leider nicht mehr erscheint), hat die GBM wichtige Beiträge zur Aufklärung über die Diskriminierung der Ostdeutschen geleistet (die *Politischen Berichte* haben einige dieser Artikel dokumentiert). Am 19. Februar 1994 fand die Jahreshauptversammlung der GBM statt. Wir geben nachfolgend in gekürzter Fassung die Presseinformation wieder.

Die am 21.5.1991 gegründete Gesellschaft mit ca. 250 Mitgliedern und etwa 2200 fördernden Mitgliedern nimmt in der Entwicklung des Widerstandes im Ergebnis der Ernüchterung der Ostdeutschen gegen die rigide Kolonialisierungspolitik einen wichtigen Platz ein. Er ist nach Auffassung von Prof. Richter der erste nach dem Beitritt der DDR zur BRD gegründete Verein, der nicht nur spezifische ostdeutsche Interessen artikuliert, sondern politischen Widerstand ansagt, um den Ostdeutschen zu ihrem Recht zu verhelfen.

Nicht zufällig kam seine Bildung über die anfängliche Interessenvertretung für die älteren Bürger und Bürgerinnen zustande, die durch Rentenstraftat und -ungerechtigkeit in Kollektivhaft für ihr Leben in der DDR genommen werden. Eine besondere Rolle spielte dabei der GBM-Förderkreis „Senioren“, der 20 Rentnerverbände, die sich dieser Problematik besonders verpflichtet fühlen, zusammenführte. Rentnerförderkreise bestehen in 20 Städten.

GBM-Gruppen bestehen in Potsdam, Suhl und anderen Städten. In Erfurt steht die Gründung einer GBM-Gruppe bevor. Außerdem gehören der GBM Vereine und Interessenvertretungen als Gliederungen bzw. Partner an, wie Initiativen gegen Berufsverbote, die Gesellschaft für rechtliche und humanitäre

Hilfe (GRH), Solidus Magdeburg, der Dresdener Verein zur Bürgerberatung und der Interessenverband ehemaliger AWG-Angehöriger Potsdam. Neu hinzugekommen ist eine Arbeitsgruppe „Stichtagopfer“ mit Bezugspunkten zur Verfassungsbeschwerde Mitzen und der Normenkontrollklage aus dem Land Brandenburg.

Ausgehend von der Zusammenarbeit der GBM mit den verschiedenen Verbänden und Vereinen zu Rentenproblemen wurde über die Erarbeitung des Ostdeutschen Memorandums 1992 und die Organisation vorangegangener Großveranstaltungen auf dem 1. Ostdeutschen Bundeskongress der Verbände am 3. Oktober 1993 die Proklamation „Menschenrechte in Deutschland — Eine ostdeutsche Initiative“ verabschiedet und das „Ostdeutsche Kuratorium der Verbände“ gegründet.

Das „Ostdeutsche Kuratorium der Verbände“ ist ein Verein der Vereine. Bei ihrer Zusammenführung gibt es vor allem drei Probleme:

— Eine Vielzahl gesamtdeutscher Vereine waren zwar an Beiträgen ostdeutscher Mitglieder, aber nicht an deren tatsächlicher Vertretung interessiert, so daß man einige als Nicht-Interessenvertreter anprangern muß.

— Es bestehen viele kleine Vereine, darunter einige von politisch an den Rand Gedrängter und Verfolgter, die mit ihrem Anliegen im Kuratorium nicht immer Solidarität erfahren.

— Der beginnende Wahlkampf und die Kandidatur von Vereinsvorsitzenden für einzelne Parteien kann dazu führen, daß Interessen der Mitglieder der Vereine nicht im Vordergrund stehen.

Mit Hinweis auf die große Bedeutung von Bürgerrechtsbewegungen ging er im weiteren auf Arbeitsschwerpunkte des Ostdeutschen Kuratoriums der Verbände ein, die in der Durchführung eines 2. Bundeskongresses am 28. Mai 1994 (sozialpolitischer Kongress) und in der Er-

CLARA IMMERWAHR UNIVERSITÄT

Clara Immerwahr, Dr.phil., *21.06.1870 *02.05.1915

Eine symbolische Umbenennung der Technischen Universität Berlin in „Clara-Immerwahr-Universität“ fand aus Anlaß des Frauenstreiktags am 8. März statt. Wir dokumentieren die auf einer Ausstellungstafel vorgestellte Biographie. Nach dem im Text genannten Fritz Haber ist noch immer ein Chemieinstitut an der Technischen Universität benannt. Anläßlich der Vorbereitungen zu dessen 25-jährigem Bestehen sind Beschäftigte auf das Schicksal seiner Frau gestoßen: „Clara Immerwahr, geboren am 21. Juni 1870 als jüngste Tochter eines jüdischen Chemikers, war eine begeisterte und talentierte Forscherin. 1900 promovierte sie als erste Frau an der Universität Breslau ‚magna cum laude‘ im Fach physikalische Chemie, obwohl viele Professoren Gegner des Frauenstudiums waren und das Verbindungswesen das Leben der Studenten bestimmte. 1901 heiratete sie nach langem Zögern den Sohn eines Farbenhändlers, Fritz Haber, in der Hoffnung, Ehe und Forschung miteinander verbinden zu können. Aber während Fritz Haber langsam, dann immer steller Karriere macht, sieht Clara Immerwahr sich immer mehr in die Rolle der Professorengattin, Mutter und Ehefrau gedrängt, eine Rolle, der sie sich letztendlich immer wieder vergebens zu entziehen versucht. Als Fritz Haber seine Forschungen schließlich vollkommen auf die Suche nach neuen Kampfgasen umstellt und im Laufe des Krieges als Abteilungsleiter im Kriegsministerium die wissenschaftliche Verantwortung für das gesamte Kampfgaswesen übernimmt, bezieht Clara Immerwahr sehr deutlich Stellung, bezeichnet das ganze Unternehmen als eine ‚Perversion der Wissenschaft‘. In aller Öffentlichkeit mißbilligt sie aufs schärfste die Unternehmungen ihres Mannes, der sie seinerseits als Vaterlandsverräterin bezeichnet. Am 2. Mai 1915 erschleßt sich Clara Immerwahr mit der Dienstwaffe ihres Mannes. Wohlüberlegt der erste ein Probeschuß, die zweite Kugel geht ins Herz. Ihr Mann fährt noch am selben Tag an die Ostfront, um einen größeren Giftgaselinsatz vorzubereiten. Mit ihrem Selbstmord setzt sie ein Fanal gegen Massenvernichtung und für eine humane Wissenschaft, ein Fanal, das nicht gehört wurde. Ihr Freitod ist vielmehr als die Tat einer psychisch kranken und erblich vorbelasteten Frau erklärt und damit der Vergessenheit anheimgegeben worden. (Aus: Gerit von Leitner: Der Fall Clara Immerwahr. Verlag C.H. Beck, München 1993)“ — (har)

arbeitung von Wahlprüfsteinen besteht. Für den Bereich Renten, Arbeitslosigkeit, Frauenpolitik, Wohnen und Gesundheits- und Behindertenpolitik sind diese durch die jeweiligen Fachverbände bereits formuliert. Weitere folgen. Die Arbeitsgruppe Menschenrechte in der GBM wird dazu Anhörungen der Vereine vornehmen und die Verletzung von Menschenrechten einschätzen. Die Ergebnisse werden nationalen und internationalen Gremien zur Stellungnahme übermittelt.

Zur Mitgliedschaft der GBM im „Forum Menschenrechte“ führte er aus, daß es über die gemeinsame Teilnahme mit der Gesellschaft für Menschenrechte im Freistaat Sachsen e.V. (GMS) im Mai 1993 am Vorbereitungs-Hearing in Bonn und an der Wiener Menschenrechtskonferenz zur Bildung und Teilnahme an diesem Forum gekommen ist. Hierbei ging er besonders auf Aktivitäten im Europa-Parlament ein und setzte sich mit der harschen Reaktion der Bundesregierung auf den Jahresbericht des Europa-Parlaments auseinander, der die Praxis der Behandlung von Anwälten und Notaren, Lehrern und Hochschullehrern kritisiert hatte. In diesem Zusammenhang forderte er auf zu beachten, daß es in der Einschätzung von Menschenrechtsverletzungen in den 70er Jahren angesichts hoher Arbeitslosigkeit und Armut in den EG-Staaten einen Paradigmenwechsel gegeben hat und der Schwerpunkt bei der Einschätzung von Menschenrechtsverletzungen nicht nur bei der Einschränkung politischer Freiheiten liegt.

Auf den Aufruf des Präsidenten der GBM, Pastor Dr. Frielinghaus, und seines Vizepräsidenten, Prof. Fritz Vilmar, zur Beendigung der politischen Diskriminierung und Strafverfolgung eingehend, der an 2000 Adressen im In- und Ausland versandt wurde, nahm er zu

Aktivitäten der GBM zur rückwirkenden Bestrafung von Markus Wolf Stellung und stellte den dazu erfolgten kritischen Bemerkungen entgegen, daß Menschenrechte für alle gelten. Mit der Arbeitsgruppe Menschenrechte wird die GBM effektivste Formen nutzen, um auf Menschenrechtsverletzungen in nationalen und internationalen Gremien hinzuweisen, so bei der UN, dem UN-Menschenrechtszentrum, dem Hochkommissar für Menschenrechte, der ILO, Unesco, KSZE u.a.

Abschließend ging er auf die Öffentlichmachung der Anliegen der GBM durch bisher erschienene 2 und weitere in Vorbereitung befindliche Weißbücher (Bildung und Pädagogik, zum Rechtssystem in der BRD, Treuhand-Untreuhand, Abwicklung des Staates DDR) ein. Geplant ist ein Nachwende-Karikaturenlexikon von „ABM bis Zukunftsfroh“ mit solidarischen Beiträgen vieler Künstler.

Er schloß seine Ausführungen mit den Worten: „Wünschen wir uns ein Wahljahr, in dem die Ostdeutschen nicht ohne eigene Stimme im Europarat und Bundestag bleiben, wie wenig das allein bewirken mag. Es wird in den nächsten Jahren nicht leichter. Vieles steht uns wohl noch bevor. Ich denke beispielsweise an Prognosen, daß im Jahr 2000 zwei Drittel aller ostdeutschen Haushalte von Sozialhilfe abhängig sein werden. Das mahnt uns, in unserem konstruktiven Widerstand an Alternativen mitzudenken und für sie zu wirken. In den letzten Jahren, die oft auch von Selbstzweifeln und Ohnmachtgefühlen bestimmt waren, ging mir oft ein Satz von Goethe durch den Kopf, den er 1830 an Zelter schrieb: „Es gilt am Ende doch nur Vorwärts.“ Das denke ich, ist kein schlechtes Motto unserer weiteren Arbeit.“

GR Presseinformation vom 19.2.94 — (h-j)

NEUERSCHEINUNG

UNFRIEDEN IN DEUTSCHLAND

Weißbuch 3 — Bildungswesen und Pädagogik im Beitrittsgebiet

- Wie war denn das wirklich in den Schulen der DDR, bei der Lehreraus- und Weiterbildung, in der pädagogischen Forschung und Lehre?
- Was hatten wir erreicht und versäumt bis zur Wende?
- Wie stellten sich die progressiven, kritischen Lehrer zur Wendezeit das Bildungswesen in einer erneuerten DDR und — als die „Einheit“ ins Gespräch kam — im zukünftigen Deutschland vor?
- Und was ist daraus geworden — aus dem Bildungssystem, aus den Vorstellungen, Wünschen und Vorschlägen?

In diesem Weißbuch äußern sich Beteiligte und Betroffene — Lehrer, Hochschullehrer, Erziehungswissenschaftler, Kindergärtnerinnen und Sonderpädagoginnen — wie sie das DDR-Bildungswesen gesehen, erlebt und mitgestaltet haben; ihre Absichten, ihre Erfolge und Mißerfolge, ihre Erfahrungen und Probleme mit sich und mit der Obrigkeit. Und sie schreiben auf, was sie nach der Wende erlebten, wie sie in ihrem Wirkungsbereich dis-

kriminieren wurden und noch werden, wie man sie ihrer Würde beraubt und was aus ihrem Lebenswerk (gemacht) wurde. Aus sehr persönlicher Sicht lassen sie ein mosaikartiges Bild entstehen, sachlich kritisch und selbstkritisch, ohne Nostalgie, aber mit aller Deutlichkeit. Und sie zitieren Kollegen aus der Alt-BRD, die eine bemerkenswerte Wende ihrer Einschätzung der DDR-Pädagogik vor und nach dem November 1989 erkennen lassen.

Bestellungen an: AG Bildungswesen, G. Buddin, Postfach 100, 10122 Berlin, 29,80 DM

Leipziger Messen: Probleme und Konzepte

Ein Beitrag aus der „Linken Kommunalpolitik“

In der Zeit der Leipziger Frühjahrsmesse, die vom 8.-2.3.1994 stattfand, tauchte angesichts der durch die Rezession hervorgerufenen Probleme anderer (west-)deutscher Messen die Frage auf, inwieweit es möglich ist, mit Leipzig einen weiteren Mitbewerber unter den Großen zu etablieren.

Auch nach dieser Frühjahrsmesse läßt sich feststellen, daß das öffentliche Interesse daran ungebrochen und der politische Rückenwind aus Bonn beachtlich sind. In den letzten Jahren haben es sich Bundespräsident, -kanzler, diverse Minister und Spitzenvertreter der Wirtschaft nicht nehmen lassen, in Leipzig Flagge zu zeigen. Doch dies kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß es seit dem Ende der DDR und dem Zusammenbruch der sozialistischen Staaten große Probleme gibt, der Leipziger Messe als ältester Messe Deutschlands und traditionsreichem Ost-West-Handelsplatz unter den bestehenden Bedingungen wieder wachsende Anerkennung und Akzeptanz am hart umkämpften „Messemarkt“ zu verschaffen.

1991/92 wurde begonnen, an Stelle der bis dahin jährlich zweimal durchgeführten Universalmesse ein Konzept für die Gestaltung branchenorientierter, zukunftssträchtiger, den lokalen Bedingungen angepaßter Fachmessen zu entwickeln. Seither werden unter dem Dach der Frühjahrsmesse verschiedene Fachmessen präsentiert, 1992 waren es vier, 1993 fünf, in diesem Jahr erneut vier ...

Die Problematik des Fortbestandes des Messeplatzes Leipzig steht in ganz engem Zusammenhang mit der weiter zunehmenden Deindustrialisierung Ostdeutschlands. Die kürzliche Absage der 1992 erstmals durchgeführten und für den Herbst 1994 erneut in Leipzig vorgesehenen „MEBA“ — Messe für Metallbearbeitung — ist Konsequenz dessen.

Insgesamt muß bei der Bewertung von Akzeptanz und Profil der neuen Fachmessen in Leipzig berücksichtigt werden, daß sich gerade bei Messen das konjunkturelle und strukturelle Umfeld auf deren Erfolg oder Mißerfolg auswirkt. Da in den neuen Bundesländern gegenwärtig nur etwa 8,5% des gesamtdeutschen Bruttoinlandsproduktes produziert werden, entstehen schon dadurch erhebliche Probleme, diese de facto neuen Messen — zumal im industriellen Bereich — zu etablieren. Hinzu kommt die Konkurrenz anderer bedeutender deutscher Messeplätze, die nicht gerade auf Leipzig warten.

Hierbei muß auch auf die Konkurrenzsituation zwischen den Messen Berlins und Leipzigs hingewiesen werden. Ebenso wie Leipzig bietet Berlin gute Voraussetzungen zur Durchführung von Messen mit Orientierung auf die neuen Bundesländer und osteuropäischen Staaten ... So besteht z.B. bei den auf Grund des Bedarfs an Baumaterialien und -leistungen in den neuen Bundesländern gefragten Baumessen ein direkter Konkurrenzkampf zwischen Leipzig und Berlin. Im November 1993 gelang es mit der „Bau-Fachmesse“ in Leipzig, die seit dem Ende der DDR größte Messe (ca. 1200 Aussteller aus 19 Ländern, Messegelände ausverkauft) in den neuen Bundesländern zu organisieren. Die Messe Berlin konterte im Februar 1994 mit der „Bautec“, die bei all diesen Parametern (bei ebenfalls ausverkauftem Messegelände) die Leipziger Veranstaltung übertraf. Das führte im von der „Bautec“ veröffentlichten Abschlußbericht zu einer

schätzung, nunmehr in Berlin „die Leitmesse für den ostdeutschen sowie mittel- und osteuropäischen Raum“ auf dem Gebiet der Bauwirtschaft etabliert zu haben ...

Ein solcher Wettbewerb ist nicht nur im industriellen Bereich zu verzeichnen, sondern betrifft ebenso die Konsumgüterbranchen. Alle Versuche, in Leipzig auf diesem Gebiet an Traditionen anzuknüpfen, führten bisher zu Veranstaltungen, die über einen regionalen Charakter mit relativ geringen Ausstellerezahlen und begrenzter internationaler Ausstrahlung (Polen, Tschechische Republik, Rußland, baltische Staaten) nicht hinaus kamen ...

Dies hängt unmittelbar mit der Entscheidung zusammen, sowohl das bestehende Messegelände als auch die Messehäuser im Zentrum durch ein vollkommen neues Areal im Norden der Stadt zu ersetzen, das nach Angaben der Planer mit einem Baukostenaufwand von 1,33 Mrd. DM zum modernsten Messegelände Europas werden soll ... Das Markenzeichen „MM“ (ehemals für Mustermesse) will man beibehalten; nunmehr als Abkürzung für „Menschliche Messe“. Damit sollen dann exzellente materielle Voraussetzungen bestehen, um die Bedeutung der Leipziger Messen als traditioneller Handelsplatz, insbesondere des Ost-West-Handels zu erhalten und auszubauen. Dennoch bleibt anzumerken, daß allein dadurch keine Garantie für das Renommee des Messeplatzes Leipzig besteht. Der mit dieser politischen Entscheidung zur Schau gestellte Optimismus setzt die Geschäftsführung der Messe bei der Suche nach realisierbaren Konzepten für Erhalt und Ausbau der Akzeptanz des Messestandortes Leipzig unter Erfolgsdruck und kann fehlende Voraussetzungen im gesamtwirtschaftlichen Umfeld nicht ersetzen.

Will Leipzig wieder zum Kreis der bedeutenden deutschen Großmessen mit internationalem Profil gehören, kann es sich nur auf eigene Tugenden besinnen: Zum einen wieder Plattform für gegenseitig vorteilhafte Ost-West-Kontakte, zum anderen auch Integrations- und Präsentationspotential für die Wirtschaft in den neuen Bundesländern zu werden. Gerade die Unternehmen zwischen Erzgebirge und Ostseeküste brauchen angesichts von Rezession, Strukturkrisen, Privatisierungszwängen und Verdrängungswettbewerb dringender denn je das Instrument einer attraktiven Messe vor der eigenen Haustür für neue Kontakte, nicht zuletzt auch zur Erhöhung des eigenen Bekanntheitsgrades.

In dieser Hinsicht war die Leipziger Frühjahrsmesse 1994 ein Hoffnungsträger mit dem Versuch von Konzentration auf Umwelttechnik, Innovationen sowie Technologietransfer und Zusammenarbeit mit osteuropäischen Staaten, z.B. bei Konversion militärischer Technik und Technologien. Bleibt zu hoffen, daß sich die vorhandenen Ansatzpunkte mehr und tatsächlich einen Beitrag dazu leisten können, die Deindustrialisierung im Osten Deutschlands aufzuhalten, effiziente ökonomische Strukturen und Kontakte nach Ost und West auszubauen, die in der Lage sind, dem Verdrängungswettbewerb mit eigenen Ideen und Leistungen entgegenzutreten und wirtschaftlich relevante Entscheidungen nicht nur vom Wohlwollen etablierter Kräfte westlich der Elbe abhängig zu machen.

— (mab, aus Platzgründen gekürzt)

KURZ BERICHTET

ITB: Aktionen gegen Türkei-Tourismus

Berlin. Zur „Internationalen Tourismus Börse“ (5.-10.3.) wurde die Politik des türkischen Staates gegen die Kurden angegriffen. Die türkischen Tourismus-Amtler versuchen, mit verstärkter Werbung dem bereits eingetretenen Rückgang der Ferienreisen zu begegnen. Bereits vor der ITB wurde in Berlin, wie auch schon bei anderen türkischen Konsulaten, eine spezielle Informationsabteilung für touristische Hinweise eingerichtet.

Ein Bündnis (Friedensgruppen, Internationale Liga für Menschenrechte, Studentenvertretungen, Senioren der HBV, PDS, BWK u.a.) hatte für den 4.3. zu einer Veranstaltung zum Thema „Boikottiert den Tourismus in die Türkei“ eingeladen. Etwa 80 Menschen beteiligten sich.

Die eingeladene DEP-Abgeordnete Leyla Zana konnte wegen der kurz vorher erfolgten Verhaftung nicht referieren. Vom Podium kamen u.a. Beiträge vom FU-Prof. U. Albrecht (deutsche Waffenlieferungen in die Türkei), von der PDS-Abgeordneten K. Dörre (BRD-Kurdistanpolitik), vom medico international-Vertreter R. Ofteringer (Situation in Kurdistan vor den Kommunalwahlen). Während der gesamten Dauer der Messe hatten Unterstützer des kurdischen Befreiungskampfes einen Stand vor dem Messegelände. In Flugblättern und Diskussionen wurden die Besucher darüber informiert, daß die Tourismuseinnahmen für den schmutzigen Krieg gegen das kurdische Volk verwendet werden. — (ard)

Kein Länderspiel am 20. 4. ! Aufruf zur Demonstration

Berlin. Das Aktionsbündnis „Kein Länderspiel am 20. 4.“, an dem sich verschiedene antifaschistische Fußball-Fan-Clubs, die Humanistische Union Berlin, die PDS, SOS Rassismus Berlin beteiligen, ruft zur Demonstration am 9. April mit folgendem Aufruf:

„Die Entscheidung des Berliner Senats und des Deutschen Fußballbundes (DFB), am 20. 4. 94, des Geburtstags von Adolf Hitler, ein Länderspiel mit England veranstalten zu wollen, ist für uns Ausdruck der Ignoranz gegenüber der deutschen Geschichte und der politischen Situation in Deutschland. Entgegen den Behauptungen des DFB und des Berliner Senats, Fußball und Politik hätten nichts miteinander zu tun, meinen wir, daß besonders Länderspiele nationalistische Stimmungen fördern. Vor

dem Hintergrund, daß Angriffe von Rassistinnen und Faschisten auf Andersdenkende, AusländerInnen und Behinderte zum erschreckenden Normalzustand in Deutschland geworden sind, bietet dieses Länderspiel den Rechten einen nationalistischen Nährboden. Der 20. 4. ist in den letzten Jahren für die Faschisten immer ein Tag gewesen, an dem sie versuchten, offensiv in der Öffentlichkeit aufzutreten. Die Absage des Spiels in Hamburg war auch ein Ergebnis dieses Erkenntnis und des Widerstands vieler Hamburger Fußballfans und AntifaschistInnen gegen Nationalismus und Rassismus, auch im Fußballstadion ... Nach den Plänen des Senats soll dieses Spiel dazu dienen, die Siegermächte über den deutschen Faschismus zu verabschieden. Sie sollen also in einer Meer von ‚schwarz-rot-goldenen Fahnen‘, auf historisch belastetem Boden am Feiertag der deutschen Faschisten aus Deutschland, wo der Rassismus und Nationalismus neu belebt ist, unter dem Jubel der deutschen Rechten verabschiedet werden. Senat und DFB wollen unter die Zeit des Faschismus einen Schlußstrich ziehen ... In diesem Zusammenhang der Entsorgung der deutschen Geschichte will das Deutsche Historische Museum ... eine Ausstellung ‚Hoffmann und Hitler‘ eröffnen, in der Hitlerbilder des Leibfotografen Hoffmann kommentarlos gezeigt werden sollen ...“ — (har)

2. Ostdeutscher Kongreß zu sozialpolitischen Fragen

Das Ostdeutsche Kuratorium von Verbänden plant für den 28. Mai d.J. den zweiten Bundeskongreß zu sozialpolitischen Fragen. U.a. sollen dort auch Wahlprüfsteine für die Wahlen zum Bundestag, die Landtage sowie zu den Europaparlamentswahlen verabschiedet werden. Im Anschluß soll — wie im Vorjahr — eine Kundgebung auf dem Alexanderplatz in Berlin stattfinden.

In seiner Stellungnahme vom 10. 3. erklärt sich das Ostdeutsche Kuratorium von Verbänden zu „einer legitimen Interessenvertretung der Ostdeutschen sowie aller Einwohner der Bundesrepublik, die in die Lage einer wie auch immer begründeten nichtgleichberechtigten Teilnahme am demokratischen Leben der Bundesrepublik gedrängt worden sind.“ Es begreift sich als solche „Ostdeutsche Kammer“, wie sie von der PDS gefordert wird. Inzwischen hat das Kuratorium 40 Mitglieder. Zum neuen Präsidenten wählte das Kuratorium Dr. Peter Michael Diestel, zum 1. Vizepräsident Professor Wolfgang Richter (GBM). Quelle: Erklärung des Ostdeutschen Kuratoriums von Verbänden vom 10. 3. 94 — (har)



Die Beteiligung an den Warnstreikaktionen der IG Metall im Tarifgebiet 1 (Westberlin) war sehr groß. Dennoch ist die Berliner IG Metall in der Krise. Schlechter Organisationsgrad in einer fast entleerten Stadt, viele Austritte, finanzielle Probleme und mangelhafte Organisationsstruktur kennzeichnen die Lage. Die Organisation müßte gänzlich reformiert werden, um den kommenden Anforderungen zu genügen. Noch gibt es allerdings dafür keinerlei Konzept. Die Ideen der Geschäftsleitung der Ortsverwaltung erschöpfen sich bisher in dem Plan, angestellte Funktionäre zu entlasten, und eine der üblichen Mitgliederwerbekampagnen durchzuführen. — (br)

Der Frieden rechtfertigt den Krieg

Dieter Kraft zu einer Denkschrift einer evangelischen Kirche

In der letzten Ausgabe hatten wir auf eine neue, erschreckende Denkschrift der EKD zu Krieg und Frieden hingewiesen und Kritiken daran veröffentlicht. Die *Weißenseer Blätter* in Berlin übersandten uns auf Anfrage eine weitere Kritik.

1852 setzte der schweizer Jesuit Peter Roh einen Preis von 1000 Gulden aus. Seine Gegner sollten beweisen, daß der Satz „Der Zweck heiligt die Mittel“ tatsächlich jesuitischer Literatur entstammt. Er konnte sein Geld behalten, auch wenn das wenig half, die bereits sprichwörtlich gewordene „Jesuitenmoral“ zu rehabilitieren. Dafür war das System jesuitischer Moral zu lange schon firmiert mit den Insignien des Unmoralischen, bei dem die „Doppelmoral“ zudem als doppelt amoralisch gelten mußte. Der deutsche Protestantismus war sich im 19. Jahrhundert darin immerhin noch einig: diese „Doppelmoral“ durfte wenigstens als Theorie nicht hingenommen werden, auch wenn sie in der Praxis noch so glänzend funktionierte und auch längst gesellschaftsfähig war, weil die Politik des kapitalen Bürgertums ohne eine doppelte Moral ja auch gar nicht auskommt.

Letzteres klingt am Ausgang des 20. Jahrhunderts höchstens noch trivial und wird wohl kaum mit Ernst bestritten und mit Eifer dementiert. Im Gegenteil. Selbst innerhalb der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) ist die Doppelmoral nachgerade zu einem moral-theologischen Axiom avanciert. In ihrer letzten Denkschrift mit dem Titel „Schritte auf dem Weg des Friedens. Orientierungspunkte für Friedensethik und Friedenspolitik“ hat die „Kammer für Öffentliche Verantwortung“ der EKD ein Dokument vorgelegt, an dem die Gegner des Peter Roh postum doch noch die 1000 Gulden verdienen könnten — wenn auch aus anderer Kasse.

Was der Jesuit für seinen Orden meinte energisch bestreiten zu müssen, das hat nunmehr die „Kammer“ höchst offiziell zu einem ethisch legitimierten Grundsatz erhoben: Der Zweck rechtfertigt die Mittel!

Es muß sehr gewichtige Gründe geben, wenn die Leitung einer evangelischen Kirche, statt die „Kammer“ neu zu besetzen, sich einen solchen Grundsatz meint zu eigen machen zu können. Und die Denkschrift selbst hebt einen dieser Gründe denn auch besonders nachdrücklich hervor: Es geht um die politische Gleichschaltung der ostdeutschen Landeskirchen in der Frage von Krieg und Frieden.

Solange der Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR seine Absage an Geist, Logik und Praxis der nuklearen Abschreckung im Gegenüber zu einer sozialistischen Gesellschaft formulierte und sich in diesem Kontext der Anerkennung jedweder militärischen Komponente der Friedenssicherung versagte und die Wehrdienstverweigerung dementsprechend zum „deutlicheren Zeichen“ christlichen Friedensdienstes erklärte, war in der EKD selbstverständlich nicht von „tiefgreifende(n) Differenzen“ (S. 12) mit den DDR-Kirchen die Rede. Diese werden bezeichnenderweise erst jetzt konstatiert, nachdem die DDR-Kirchen Teil eines NATO-Staates geworden sind, der von seinen Kirchen politische Gefolgschaft auch im Blick auf sei-

ne militärischen Optionen erwartet und nicht nur aufgrund des sog. „Militärseelsorgevertrag“ durchaus auch erwarten kann.

Für die NATO war das einst eine geradezu ideale Konstellation: Die EKD verkündet in den „Heidelberger Thesen“ von 1959 ihre in der sog. „Friedensdenkschrift“ von 1981 bekräftigte prinzipielle Zustimmung zur nuklearen Abschreckungspolitik, und die Evangelischen Kirchen in der DDR verschreiben sich einem prinzipiellen (Atom-)Pazifismus. Seit der „Wende“ aber macht diese Konstellation keinen politischen Sinn mehr, und deshalb muß der Pazifismus der ehemaligen DDR-Kirchen um jeden Preis abgewickelt werden. Denn nicht auszuweichen, wenn dieser Pazifismus ernst genommen werden und zu einer erneuerten Friedensbewegung führen würde, die sich der Militarisierung der bundesdeutschen Politik widersetzt. Womöglich müßte dann die Bundeswehr weit eher als geplant „nach innen“ ausrücken.

Wie aber wickelt man einen kirchen-offiziellen Pazifismus ab, den man zu DDR-Zeiten aus staatspolitischen Gründen zu goutieren wußte und der nun aus kirchenpolitischen Gründen in Gestalt eines „Konsens“ aufgehoben werden muß? Eine eigentlich unlösbare Aufgabe, derer man sich höchstens mit einem Konsensverständnis ganz eigener Art annehmen kann. Wohl auch deshalb wurde in die „Kammer“ Otto Graf Lambsdorf berufen, zugleich eine weitere Garantie dafür, daß die „Denkschrift“ auf die Bonner Politik harmonisch abgestimmt werden konnte.

Berufen wurden in die „Kammer“ auch einige Ostdeutsche, u.a. Propst Heino Falke, der einst als spiritus rector des „konziliaren Prozesses“ galt und als solcher nunmehr wohl verhindern soll, daß die „Denkschrift“ in Ostdeutschland als eine totale Absage an Geist und Logik des „konziliaren Prozesses“ aufgenommen wird — was ihm ebenso wenig gelingen dürfte wie den ostdeutschen Martin Kramer und Walter Romberg, die sich auch in der „Christlichen Friedenskonferenz“ (CFK) engagiert hatten.

Aber selbst wenn sämtliche ostdeutschen Synodalen ihrem einst konfessorisch proklamierten Friedensbekenntnis abschwören würden, die „Denkschrift“ bliebe ein Dokument der Verleugnung biblischen Friedenszeugnisses, denn in ihr werden gerade nicht „Schritte auf dem Weg des Friedens“ gegangen, sondern Pfade des Krieges beschritten.

So wirbt die „Denkschrift“ nicht nur darum, die in der EKD einst ausgesprochene Billigung der nuklearen Abschreckung nachträglich als „situationsbedingt“ (S. 13) zu akzeptieren, sie hält auch nach der „politische(n) Befreiung“ der „östlichen Hemisphäre“ (S. 9) eine nukleare Option für geboten, denn auch „in der Zukunft stellt sich ... das Problem, was zur Vorbeugung und zur Abwehr nuklearer Erpressung getan werden kann“ (S. 14). Und als müßte ausgerechnet die Kirche ausgerechnet die Militärs eigens daran erinnern und dazu ermutigen — die „Denkschrift“ wagt tatsächlich den auch einen nuklearen Erstsatz implizierenden Satz: „Für die Wirksamkeit der Abschreckung ist es gerade wesentlich, daß sie nicht ... spät kommt.“ (S. 18)



20. 1. 1994 In Köln: Protestaktion vor dem Dom gegen den Internationalen Soldatengottesdienst von Kardinal Meisner an diesem Tag im Dom.

Die Verfasser der „Denkschrift“ scheuen nicht davor zurück, den „Einsatz militärischer Gewalt“ als „ein prinzipiell nötiges Mittel der Politik“ (S. 21) zu befürworten. Und dementsprechend lautet denn auch die den ostdeutschen Kirchen angebotene Konsensformel: „der Einsatz militärischer Gewalt, der im Prinzip verwerflich ist“, ist „gleichwohl ethisch und rechtlich als Ausnahmefall, als Grenzfall gerechtfertigt“ (S. 18).

So kann nur reden, wer die Doppelmoral zum Prinzip erhoben hat und also auch bereit ist, sich peinlichst an die Vorgaben herrschender Politik zu halten — bis hin zur Übernahme der verlogenen Sprachregelungen. Und die „Denkschrift“ präsentiert nicht nur den Slogan von der „veränderte(n) Verantwortung“ (S. 30) Deutschlands, mit dem man in Bonn die erneuerten Weltmachtambitionen zu umschreiben pflegt. Sie weiß natürlich auch zu betonen, daß Deutschland selbstverständlich „keine grundsätzliche Sonderrolle“ (S. 31) mehr spielen dürfe, was im Klartext des BRD-Verteidigungsministers bekanntlich heißt: auch das deutsche Kapital hat ein „vitales Sicherheitsinteresse“ an der „Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des ungehinderten Zugangs zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt“.

Das sehen die Verfasser der „Denkschrift“ wohl ebenso, auch wenn sie verschämt anonym bleiben in ihrer völlig zutreffenden Feststellung: „Gewaltsame Auseinandersetzungen um knappe natürliche Ressourcen (wie z.B. Erdöl oder Wasser) sind in wachsendem Maße zu befürchten.“ (S. 11) Aber die schon weit weniger anonyme Auskunft, daß die „weltweite Migration und Fluchtbewegung“ zu den „mittelbaren und unmittelbaren Gefährdungen des politischen Friedens“ (ebd.) gezählt werden müsse, macht deutlich genug, an wessen „politischen Frieden“ die „Kammer“ denkt. Bleibt nur zu hoffen, daß sie sich rein gar nichts dabei gedacht hat, als sie formulierte: „Dabei stellt es eine der wichtigsten Lehren der deutschen Geschichte dar, daß Alleingänge vermieden werden müssen und eine feste internationale Einbindung Priorität hat.“ (S. 30) Daß die deutsche Bourgeoisie 1914 und 1939 in einem Alleingang eine internationale Friedens- und Rechtsordnung hätte herstellen wollen, kann damit, obwohl rein satzlogisch durchaus ableitbar, ja wohl kaum gemeint sein. Und so bliebe eigentlich nur, diese Mahnung der „Kammer“ in dem Sinne zu verstehen, daß die herrschende deutsche Politik etwaige Neuauflagen von 1914 und 1939 nicht im Alleingang wagen sollte...

Für Kriegserklärungen gibt es immer hinreichende Gründe, und die deutsche Kriegstheologie wußte bisher jeden

Kriegsgrund pseudotheologisch zu sanktionieren. Diese unselige Tradition wird in der „Denkschrift“ faktisch aufgenommen und fortgesetzt, auch wenn ihre Verfasser das mit öffentlicher Empörung zurückweisen werden. Eine solche Empörung aber wäre nur glaubwürdig, wenn ihnen jene Naivität unterstellt werden dürfte, auf die die Kriegspropaganda baute, als sie den „Golfkrieg“ mit den Prinzipien einer „internationalen Friedensordnung“ meinte rechtfertigen zu können. Gerade am „Golfkrieg“ aber wurde weltweit öffentlich demonstriert, daß die Prinzipien der „neuen internationalen Ordnung“ auf dem „vitalen Interesse“ an einem „ungehinderten Zugang zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt“ beruhen. Man sprach von „Frieden“ und meinte Erdöl, man redete über „Menschenrechte“ und sicherte sich politische Einflußsphären, und man erprobte die neuesten Waffenentwicklungen, während man die Medien über „Völkerrecht“ dozieren ließ.

Auch die „Denkschrift“ hat sich diese Perversion nun zu eigen gemacht. Auch sie redet ausschließlich von der „Notwendigkeit eines erweiterten Friedensbegriffs“, von der „Einhaltung der Menschenrechte“, von der „Stärkung rechtsstaatlicher Strukturen“ und vom „Schutz der natürlichen Grundlagen des Lebens“ (S. 14) und rechtfertigt — ausgerechnet unter Berufung auf die „Barmer Theologische Erklärung“ — und zudem noch als „notwendige ... Konkretion“ „einer christlichen Friedensethik“ (S. 16) — „militärische Mittel zur Wahrung des Friedens und zur Durchsetzung des Rechts bereitzuhalten und notfalls anzuwenden“ (ebd.).

Damit dürften die kommenden „Golfkriege“ hinlänglich legitimiert sein, und man kann sich schon heute ausrechnen, daß sie dann auch weltweit geführt werden müßten. Denn auch dieses hat die „Denkschrift“ bereits bedacht: „Die Einsicht muß gefestigt und vertieft werden, daß es bei der nationalen Sicherheitspolitik nicht um den Staat als solchen geht, sondern um den demokratischen Rechts- und Sozialstaat.“ (S. 35) Was wohl heißen soll, daß jeder andere Staat jederzeit mit der von der „Denkschrift“ befürworteten „Ausübung internationaler Polizeigewalt“ (S. 21) zu rechnen hat. Eine denkwürdige Perspektive angesichts einer bundesdeutschen Politik, die zielstrebig auf den Abbau des Sozial- und Rechtsstaates hinarbeitet.

Dieter Kraft ist regelmäßiger Autor der „Weißenseer Blätter“. Die „Weißenseer Blätter“ werden herausgegeben im Auftrag des Weißenseer Arbeitskreises (Kirchliche Bruderschaft in Berlin-Brandenburg). Sie erscheinen zweimonatlich. Bezug: Hanfried Müller, Ehrlichstr. 75, 10318 Berlin.

DOKUMENTIERT

DKP-Parteivorstand zu den Wahlen

Der DKP-Parteivorstand befaßte sich am 19./20. März in Essen mit der Wahlstrategie der Partei. Hier der Beschluß.

„Der Parteivorstand hat beschlossen:

Der Parteivorstand der DKP wertet bei einer differenzierten Gesamtbeurteilung die Ergebnisse des PDS-Parteitag zum Thema Wahlen zum EU-Parlament positiv. Das Programm zu den EU-Parlamentswahlen trifft Aussagen gegen die Maastrichter Verträge. Die Nominierung von Leo Mayer, Gewerkschafter und Betriebsrat aus München, Mitglied des Parteivorstandes der DKP, auf der Bundesliste der PDS bringt den Wunsch der Parteitage-delegierten zur Zusammenarbeit zum Ausdruck.

Aus Sicht der DKP wird mit der Zusammensetzung der offenen Liste der PDS und mit dem Wahlprogramm ein Beitrag zur Zusammenarbeit von Linkskräften gegen das Europa der Monopole geleistet. Die auf dem Parteitag in Gladbeck aufgestellte offene Bundesliste der DKP zu den Wahlen zum EU-Parlament, die von einer ausreichenden Anzahl (über 4000) Bürgerinnen und Bürgern mit Unterschriften unterstützt wurde, wird beim Bundeswahlleiter nicht eingereicht. Die DKP ruft bei der Europawahl am 12. Juni zur Wahl der PDS-Liste auf.

Vertreterinnen und Vertreter von Bezirksorganisationen informierten über den Stand von Wahlvorbereitungen. Sie zeigten ebenfalls — zumindest in einigen Ländern — Möglichkeiten zum gemeinsamen Vorgehen auf. Der Parteivorstand drückt seine Erwartung aus, daß auch hier das Signal des Parteitages der PDS mit der Berücksichtigung von DKP-Mitgliedern bei Aufstellung der Kandidatinnen und Kandidaten sowie der Landeslisten durch die PDS aufgenommen wird. Die DKP-Mitglieder werden ihre Bemühungen zur Bündelung möglichst vieler linker Kräfte bei den Bundestagswahlen fortsetzen.

Der Parteivorstand ruft alle Mitglieder und alle Organisationsglieder der DKP zum Widerstand gegen die Rechtsentwicklung in unserem Land, gegen Dauer-Massenerwerbslosigkeit, Arbeitsplatzvernichtung, gegen reaktionäre Kahl-schlagpolitik, Rassismus, Ausländerfeindlichkeit und Bundeswehrein-sätze auf. Dazu tragen wir mit außerparlamentarischen Aktivitäten und in Bewegungen bei.

Unsere Vorschläge und Alternativen, z.B. die Wahlplattformen der DKP zu den Wahlen zum EU-Parlament und zu den Bundestagswahlen, werden in die Wahlauseinandersetzungen eingebracht.

Bei den ebenfalls in diesem Jahr stattfindenden Kommunalwahlen kämpft die DKP in ihren kommunalen Schwerpunkten vor allem um die Verteidigung ihrer Mandate, unter anderem mit Offenen Listen. Darüber hinaus bemüht sie sich um die Entwicklung und Stärkung oppositioneller Bündniskandidatinnen und -kandidaten in den Kommunen.

Wir ringen um die Stärkung der DKP durch neue Mitglieder und Abonnenten für die DKP-Zeitung UZ.“

„Veränderung braucht Opposition“ ... „und Widerstand“

PDS-Parteitag in Berlin
Dieter Household berichtet

Veränderung braucht Opposition.“ Diese Losung war nicht allen Delegierten der 3. Tagung des 3. PDS-Parteitag ausreichend. Folgerichtig wurde das in exakten Buchstaben drapierte Motto des Kongresses durch die weniger exakten, dafür aber mit viel Schwung geschriebenen Buchstaben des Wortes „Widerstand“ ergänzt. Wenn Andre Brie in seinem Referat davon ausging, daß Opposition auch Selbstveränderung braucht, so war die Ergänzung des Parteitagmottos durchaus ein äußeres Zeichen solcher Selbstveränderung innerhalb der PDS. Wer die Partei auch nur mit einem Quentchen Objektivität betrachtet, wird feststellen, wie sie sich seit 1990 verändert hat und daß sie auch heute kein starres Gebilde ist.

Am deutlichsten wird das im Wahljahr 1994 wohl an der Konzipierung einer Gegenpolitik, die nicht nur die Gebrechen der heutigen Gesellschaft beim Namen nennt, sondern gleichwohl Wege aufzuzeigen versucht, die aus dem allseitig konstatierten Dilemma herausführen könnten.

Probleme der PDS im Westen

Dabei steht die PDS mit Blick auf die Europa- und Bundestagswahlen vor dem großen Problem, in den alten Bundesländern nach wie vor ein recht unbeschriebenes bzw. mit negativen Aussagen belegtes Blatt zu sein. Gunhild Böth aus dem Landesverband NRW berichtete innerhalb der Generaldebatte zum Referat Biskys über die Bemühungen der westlichen Landesverbände, einen größeren Beitrag zur Ausstrahlung von PDS-Politik im Westen zu reichen. Sie konnte dabei Fortschritte bei der Konsolidierung der westlichen Landesverbände bestätigen. Die Mitgliederzahl der Partei beträgt im Westen gegenwärtig etwa 1200. Nicht viel, wäre dazu zu sagen. Andererseits bedeutet diese Zahl nahezu eine Verdoppelung in recht kurzer Zeit.

Neben dem komplizierten Finden unterschiedlicher Linker aus dem Westen in der Partei spielen jedoch nach wie vor Spannungen zwischen westlichen Landesverbänden und der Zentrale eine Rolle in der PDS. Das Superwahljahr 1994 stellt gerade dabei eine erneute Belastungsprobe dar. So gab es aus dem bayerischen Landesverband bereits erste Verstimmungen ob der Präsentation von Heinrich Graf von Einsiedel als Anwärter auf einen Spitzenplatz der dortigen Landesliste auf dem Berliner Wahlkongreß. Zumindest Teilen des Landesverbandes war von solch einer Bewerbung und deren offensichtlichen Befürwortung durch die Parteispitze offensichtlich nichts bekannt. Wie dem auch sei. Von den Delegierten im Haus am Köllnischen Park wurde der Graf mit sichtlichem Zuspruch aufgenommen. Was er sagte, fand Verständnis und Beifall — zumindest einer großen Mehrheit. Zumal von Einsiedel versicherte, vor allem dazu beitragen zu wollen, die PDS von einer Ostpartei zu einer Partei für ganz Deutschland zu erweitern. Es wird sich zeigen, inwieweit die Genossinnen und Genossen im Westen ihn annehmen bzw. wie er sich auf ihre Situation einzustellen vermag. Schon jetzt scheint klar, daß dies verlangt, auf das Primat der Ideologie zu verzichten.

Damit zurück zum eigentlichen Parteitagsgeschehen. Punkt eins der politischen Forderungen der PDS ist die Überwindung der Massenarbeitslosigkeit. Dies spielte in den Referaten von Lothar

Bisky, Gregor Gysi und Andre Brie gleichermaßen eine große Rolle. Dabei zeigt die PDS gerade bei dieser Problematik einen deutlichen Kompetenzzuwachs sowohl in der politischen Argumentation wie bei den sachlichen Konzepten.

Gegen Massenarbeitslosigkeit

Der politische Ausgangspunkt, daß es in der BRD keine Finanzkrise, wohl aber eine Verteilungskrise gibt, stellt dabei die Weichen für die Auseinandersetzung mit dem Zustand der Gesellschaft. Zugleich ergibt sich aus diesem Ansatz die enge Verflechtung von Europa-, Bundes- und Kommunalpolitik. Schließlich ist die Politik der Bundesregierung gegenwärtig auf allen Ebenen darauf ausgerichtet, dem kleinen Mann in die Tasche zu greifen und den Finanzmagnaten und Großkonzernen Steuergeschenke am laufenden Band zu machen.

Dementsprechend wurden auf dem PDS-Parteitag mit einer Arbeitsmarkt-abgabe für Minister, Abgeordnete, Beserverdienende, höhere und mittlere Beamte, mit einer Investitionsabgabe für die westdeutsche gewerbliche Wirtschaft, die Banken und Versicherungen, der Erhebung von hohen Steuern auf Spekulationsgewinne, höhere Zinseinkommen, Grund und Boden, Immobilien und hohe Erbschaften ganz andere Wege für eine Überwindung der Massenarbeitslosigkeit und eine Gesundung der Wirtschaft diskutiert.

Die PDS erwies sich auf ihrem Berliner Parteitag erneut als Verfechterin sozialer Gerechtigkeit und Sicherheit. Mehrfach wurde auf die Tatsache verwiesen, daß sich CDU/CSU, FDP und SPD mit ihrer Übereinkunft zur Pflegeversicherung endgültig von dem seit Bismarcks Zeiten in Deutschland geltenden Sozialstaatsprinzip verabschiedet haben. Für diese Versicherung bezahlen nur noch die „Arbeitnehmer“. Die Unternehmer sind nicht mehr beteiligt. Vorrang bei den Forderungen der Partei haben eine soziale Grundsicherung unabhängig vom Einkommen aus Erwerbsarbeit sowie die Sicherheit des Wohnens in sozialer wie rechtlicher Hinsicht.

Weitere politische Forderungen sind die Überwindung der strukturellen Frauenfeindlichkeit, eingeschlossen die ersatzlose Streichung des Paragraphen 218, die Wiederherstellung des Asylrechts sowie die Beendigung der Diskriminierung Ostdeutschlands und seiner Bewohner in jeglicher Art und Weise. Diese Inhalte widerspiegeln sich in den Wahlprogrammen der Partei in verschiedensten Varianten.

Europa- und Bundestagswahlprogramm wurden vom Kongreß jeweils mit großer Mehrheit angenommen. Dabei blieb den Delegierten ein weiteres Mal die langatmige und für den Einzelnen oft nicht durchschaubare „Endredaktion“ im Plenum nicht erspart. Dies hatte offensichtlich auch dazu geführt, daß die politische Generaldebatte mit nur anderthalb Stunden viel zu kurz kam. Von vielen Delegierten und Gästen wurde das bedauert.

Allein der vom Parteitag zu leistende Wahlakt gebot jedoch ein straffes Zeitregime. Einige innere Problempunkte der PDS fanden dennoch Platz in den verschiedensten Debatten. So stand Gysis Ingolstädter Manifest wiederholt zur Diskussion. Dabei hatten einige Delegierte vor allem ihre Probleme damit, daß dieses Dokument nicht vom Parteivorstand diskutiert und beschlossen

wurde. Wolfgang Gehrcke, stellvertretender Parteivorsitzender, bezog sich auf diese Meinungen. Nach seiner Auffassung ist ein solches von Gysi und Wilsenschaftern unterbreitetes Papier nicht als Vorstandsbeschuß zu verstehen. Jeder habe schließlich ein Recht darauf, seine politischen Ansichten und Vorschläge zu unterbreiten. Viel wichtiger, so die Meinung Gehrckes, sei es, sich mit den Inhalten des Manifests auseinanderzusetzen, darüber die Diskussion in der Partei und mit den Wählern zu führen.

Hitzig ging es streckenweise bei der Behandlung eines Antrags der Kommunistischen Plattform zu einem Dokument des Parteivorstandes zum „Umgang mit der DKP“ in der Wahlvorbereitung zu. Die Delegierten der KPF waren der Meinung, dieses Dokument wurde vor der Partei geheim gehalten und stelle überdies eine Diskriminierung der DKP dar. Die Parteitage-delegierten hatten diese Sorge offensichtlich nicht. Bevor Michael Schumann im Auftrag des Vorstandes dazu Stellung nahm, mußte der jetzt im Pressedienst veröffentlichte Beschluß zunächst vorgelesen werden. Eine Diskriminierung der DKP war daraus allerdings schwer zu erkennen. Die Begründung des Vorstands zur späteren Veröffentlichung wurde ebenfalls von einer großen Mehrheit akzeptiert. Man wollte erst mit der DKP sprechen und nicht schon zuvor an die Öffentlichkeit gehen. Verständlich. Man teilt den Genossinnen und Genossen einer anderen Partei nicht zuerst über die Presse mit, was man ihnen zu sagen hat. Da halbdann auch die Drohung der Genossen Wagenknecht nichts, „es wäre doch schade, wenn Kommunistinnen und Kommunisten die Partei in großer Zahl verlassen würden.“

„Umgang mit der DKP“

Die Bemerkung von Heinz Vietze, es gäbe ihm nicht, wenn schon wieder einzelne Menschen scheiden, wer Kommunist ist und wer nicht, fand dagegen im Saal sehr lebhaften Beifall. In übrigen sprechen die Tatsachen des Parteitages für sich, was das Verhältnis von PDS und DKP betrifft. Mit dem Betriebsratsvorsitzenden Leo Mayer aus München wurde ein DKP-Mitglied auf Platz 8 der Europaliste gewählt. DKP-Sprecher Heinz Stehr konstatierte darüber hinaus eine sachliche Zusammenarbeit in praktischen politischen Fragen.

Einzige Ungereimtheit in der KandidatInnenfrage scheint allerdings die Auffassung des PDS-Vorstandes, wonach Sprecher der DKP auf der Offenen Liste nicht kandidieren können. Solche und solche DKP-Mitglieder kann es ja wohl nicht geben, falls die Menschen nicht ihre Parteizugehörigkeit, also auch nicht ihre Funktion in einer Partei für die Mandate stehen.

Was die Europaliste insgesamt betrifft, so ist sie in der Tat eine, die weit über das traditionelle linke Spektrum hinausgeht. Nicht nur der Name Heinrich Fink spricht dafür. Von besonderer Bedeutung ist mit Sicherheit, daß Menschen aus anderen EU-Staaten mit auf der Liste vertreten sind. So aus Italien, Spanien und Griechenland. Gysis bunter Bundestagstruppe ist damit eine bunte Europatruppe gefolgt. Das Wahljahr wird zeigen, wie erfolgreich sie sein können. Der Parteitag von Berlin hat zu nächst eine gute Grundlage geschaffen.



1. Mai-Demonstration in Stuttgart, 1981.

„Jusos bleiben konsequent antimilitaristisch“

Heiko Kretschmer berichtet vom Bundeskongreß der Jusos und von ihrer Position zu Krieg und Frieden

Am 18.-20. März fand der diesjährige Bundeskongreß der Jusos statt. Im Zentrum stand die Auseinandersetzung mit dem Wahljahr 1994. So haben wir mit großer Mehrheit ein alternatives wirtschafts- und sozialpolitisches Konzept für das Regierungsprogramm erarbeitet.

Doch obwohl wir dieses Jahr den sozialen und ökologischen Umbau der Industriegesellschaft in das Zentrum unserer Arbeit rücken, schrauben wir unser friedenspolitisches Engagement nicht zurück. So wurde der Entwurf des Regierungsprogramms der SPD auch im außenpolitischen Teil kritisiert. Statt radikale Abrüstungsschritte schlägt die SPD

die Reduzierung der Bundeswehr auf 300.000 Mann vor. Statt einer Zivilisierung ihrer Außenpolitik Vorschub zu leisten, hält die SPD an ihren Beschlüssen des letzten Bundesparteitages fest. Dieser Schritt hin zur Zustimmung zu kämpfenden Blauhelm-Einheiten der Bundeswehr ist aber nur ein Zwischenschritt in der SPD-Debatte. Etliche führende Sozialdemokraten haben bereits deutlich gemacht, daß sie nach der Bundestagswahl endlich die Bundeswehr ohne Vorbehalte für UNO-Einsätze zur Verfügung stellen wollen.

Auch wenn es zweifelsohne Rudolf Scharping gelungen ist, die innerparteiliche Debatte darum zu beenden, so läßt sich heute mit Bestimmtheit sagen, daß diese Debatte am 17. Oktober wieder beginnt.

Auffallend ist allerdings auch, daß die außenpolitischen ExpertInnen der SPD zunehmend hilflos reagieren. Vor aktuellen Ereignissen, wie dem Versuch der NATO, den eigenen Machtbereich bis an die Westgrenze Rußlands auszudehnen, stehen sie ohne jede eigene Konzeption. So bleibt es den politischen Kommentatoren in der Bundesrepublik und den USA überlassen, auf die zynische Instrumentalisierung des Bosnien-Krieges durch die NATO hinzuweisen.

Doch ihnen fehlen nicht nur die Antworten auf die Fragen der Zeit. Oftmals haben sie Schwierigkeiten, die Fragen nach der Zukunft nach dem Ende des Systemgegensatzes zu formulieren. Alternative Konfliktlösungen, positive wie negative Sanktionen, Hilfe zur Entwicklung aller Regionen der Welt, Friedensdividende, radikale Abrüstung, gerechte Weltwirtschaftsordnung. Diese Stichpunkte umreißen Eckpunkte eines Konzepts, das wir Jusos formuliert haben und noch weiter ausbauen müssen.

Es muß letztlich darum gehen, schlüssige und funktionierende Alternativen zur Politik der Rechten zu entwickeln. Insbesondere müssen wir Antworten darauf geben, wie internationale Organisationen und Strukturen aus-

der realen ökonomischen Machtverhältnisse demokratisiert werden können. Ebenso muß unsere Aufmerksamkeit dem Aufbau einer gerechten Weltwirtschaft gelten, die unterentwickelten Regionen eine sozial-gerechte und ökologisch-verträgliche Entwicklung ermöglicht.

Daher haben wir unsere eigene friedenspolitische Arbeit wieder erheblich intensiviert und nutzen die Zusammenarbeit mit Bewegung und Wissenschaft. Dort entwickelte Ideen können so in unsere Programmatik einfließen. Damit werden Jusos wieder zum Bindeglied zwischen Bewegung und Parteien, will sagen: wir sind diejenigen, die gemeinsame Inhalte der Friedensbewegung in der SPD durchzusetzen versuchen. Ob dies gelingt, wird auch davon abhängen, ob wir die besseren Antworten geben als jene SPD-ExpertInnen. Entscheidender noch aber wird sein, ob die Menschen in dieser Republik wieder für fortschrittliche Politik auf die Straße gehen. Die Mobilisierungserfolge der IG Metall und der Frauenbewegung lassen da hoffen.

Strategisch wird unser nächster Ansatzpunkt zur Auseinandersetzung die Frage der Abrüstung der Bundeswehr auf 200.000 Mann nach 1995 sein. Wir haben uns dem Ziel der „Bundesrepublik ohne Armee“ verschrieben. In diesem Rahmen sprechen wir uns jetzt erstmals für die Abschaffung der Wehrpflicht als ersten Schritt aus.

Dieses Ziel ist unseres Erachtens politisch erforderlich und sozial sinnvoll. Die Beschlüsse der Grünen finden daher unsere Zustimmung. Nur eine rot-grüne Koalition wird Abrüstung und die Zivilisierung unserer Außenpolitik voranbringen. Daher gilt unser Einsatz in der SPD auch einer solchen Koalition, obwohl uns klar ist, daß die PragmatikerInnen in beiden Parteien unseren Vorstellungen wohl nicht folgen wollen. Wir müssen druckvoll dahin bewegen.

Heiko Kretschmer ist stellvertretender Bundesvorsitzender der Jusos.

betr.: Neues Format der „Politischen Berichte“

Mit dieser Ausgabe erscheinen die *Politischen Berichte* in einem neuen Format und — damit zusammenhängend — neuen Schriften und dementsprechend leicht geänderter Gestaltung. Der Grund: Die bisherige Druckerei, die Druckerei Neuer Weg in Essen, hat uns einen Versand der Zeitung direkt ab Druckerei nicht ermöglicht. Das ist aus verschiedenen Gründen preisgünstiger, schneller und rationeller. Wir mußten deshalb eine neue Druckerei suchen und haben sie in Berlin gefunden. Künftig werden die *Politischen Berichte* bei der „Tribüne Druck GmbH“ gedruckt, einer Berliner Druckerei, die auch zahlreiche andere linke Zeitungen druckt. Die neue Druckerei machte eine Formatumstellung erforderlich. Daraus ergab sich alles weitere.

— (Arbeitskreis Politische Berichte, Köln, 22.3.1994)

Politische Berichte

Zeitung für sozialistische Politik

— erscheint vierzehntäglich.

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, 50674 Köln, Zulpicher Straße 7.

Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan (zu erreichen über: Kurdistan-Komitee, Hansaring 66, 50670 Köln) (zur Zeit verboten), Christoph Cornides (über: GNN, Postfach 120722, 68163 Mannheim), Jörg Detjen (über: GNN, Zulpicher Str. 7, 50674 Köln), Martin Fochler (über: GNN, Schwanthaler Str. 139, 80339 München), Christiane Schneider (über: GNN, Palmallee 24, 22767 Hamburg) Herbert Stascheit (über: GNN, Badeweg 1, 04435 Schkeuditz), Werner Thümmel (über GNN, Czerninski Str. 5, 10829 Berlin).

Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer; für Auslandsberichterstattung: Alfred Küstler; für Reportagen und Berichte regional: Günter Baumann; für Diskussion / Dokumentation: Ulrike Detjen; für Aus Ostdeutschland: Herbert Stascheit; für Aus Kultur und Wissenschaft: Angela Lux.

Bei der regionalen Berichterstattung wirken mit: Nachrichtenverband niedersächsischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Arbeitsgemeinschaft Landesberichterstattung Nordrhein-Westfalen, Nachrichtenverband baden-württembergischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Nachrichtenverband bayerischer Betriebs- und Lokalzeitungen.

Redaktionsanschrift: GNN Verlag, Postfach 260226, 50515 Köln. Hausadresse: GNN-Verlag, Zulpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 0221 / 211658, Fax: 0221 / 215373, Datentelefon (nur für GNN-Programme): 0221 / 246915.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zulpicher Str. 7, Tel. 0221 / 211658, Fax: 0221 / 215373. Konto: Postgiroamt Köln, BLZ 37010050, Konto Nr. 10419-507.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 2,00 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 32,50 DM (Förderabo 39,- DM), ein Jahresabonnement kostet 65,- DM (Förderabo 78,- DM). Für Bezieher aus den neuen Bundesländern, Personen in Ausbildung und Arbeitslose: 39,- DM. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: Tribüne Druck GmbH, 12435 Berlin.

Nachrichtenverbindungen:

Berlin: GNN-Verlag, Czerninski Str. 5, 10829 Berlin, Tel. 030 / 7815222, Fax: 030 / 7848925.

Hamburg: GNN-Verlag, Palmallee 24, 22767 Hamburg, Tel. 040 / 381393, Fax: 040 / 3898331.

Hannover: GNN-Verlag, Grenzweg 4, 30165 Hannover, Tel. 0511 / 3520816.

Köln: GNN-Verlag, Zulpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 0221 / 211658, Fax: 0221 / 215373.

München: GNN-Verlag, Schwanthaler Str. 139, 80339 München, Tel. 089 / 5026541, Fax: 089 / 5028112.

Schkeuditz (bei Leipzig): GNN-Verlag, Badeweg 1, 04435 Schkeuditz, Tel. 034204 / 2093.

Stuttgart: GNN-Verlag, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart, Tel. 0711 / 624701, Fax: 11 / 621532.

TERMINE

19.3. bis 27.3. Europaweite Aktionswoche gegen Rassismus

6.5. Tagung der GNN-Verlage in Köln

7.5. AG Politische Berichte tagt in Köln

23.5. Wahl des Bundespräsidenten

12.6. Wahlen zum Europäischen Parlament. Kommunalwahlen in Baden-Württemberg, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen

26.6. Landtagswahl in Sachsen-Anhalt

11.9. Landtagswahlen in Brandenburg und Sachsen

25.9. Landtagswahlen in Bayern

16.10. Bundestagswahlen, Landtagswahlen in Thüringen

23.10. Kommunalwahlen in NRW

22./23.10. Herbstkonferenz der BDK des BWK in Köln

Heinrich Heine schreibt aus Paris

**Der verbotene Dichter als Auslandskorrespondent
Michael Friedrichs über eine Ausstellung in Augsburg**

Heinrich Heine (1797-1856) wurde von Wissenschaft und Feuilleton bisher, wenn überhaupt, vorwiegend als revolutionär-romantischer Dichter gewürdigt. Aber Heine war auch 20 Jahre Auslandskorrespondent, von 1832 bis 1852, und zwar für die wichtigste deutschsprachige Zeitung seiner Zeit, die *Augsburger Allgemeine*. Hierüber gibt erstmals eine Ausstellung genauere Kenntnis, im Medienzentrum bei der heutigen „Augsburger Allgemeinen“ noch bis Ende März zu sehen, als eine von drei Ausstellungen während des derzeitigen großen Heine-Projekts in Augsburg. Verbunden mit der Veröffentlichung eines bemerkenswert umfangreichen und sorgfältigen Katalogs wird hier ein einzigartiger Zugang zu Heines journalistischer Tätigkeit eröffnet.

Wie bei der Eröffnungsveranstaltung zu hören war, kann sich die heutige *Augsburger Allgemeine* nicht rühmen, die rechtliche Nachfolgerin der Zeitung zu sein, in der Heine schrieb — diese wurde 1918 eingestellt. Den liberal-kritischen Geist Heines und seines Verlegers Cotta allerdings beanspruchte der Herausgeber der heutigen Zeitung durchaus für sein Blatt. Da fast nur Honoratioren versammelt waren, ging kein Raunen durch die Menge.

Die Ausstellung zeigt vor allem zahlreiche Artikel Heines aus der *Augsburger Zeitung*. Dabei legt sie das Schwergewicht auf solche Artikel nach 1832, die nicht in Heines Büchern gesammelt erschienen. Zusätzlich ermöglicht die Ausstellung es, an Einzelbeispielen den Weg von der Handschrift über die Reinschrift zum Druck und später zur Buchveröffentlichung zu verfolgen.

Heine war in Düsseldorf geboren, das Anfang des 19. Jahrhunderts zu Frankreich gehörte. Später — im französischen Exil ab 1831 — betrachtete er es als eine Lebensaufgabe, „an der Entente cordiale zwischen Deutschland und Frankreich zu arbeiten und den Ränken der Feinde der Demokratie entgegenzuarbeiten, die zu ihrem Profit die zwischen nationalen Vorurteile und Animositäten ausbeuten“ (aus seinem Testament).

Heine reiste viel im In- und Ausland und wurde als junger Autor u. a. mit den ab 1826 erschienenen „Reisebildern“ bekannt; bereits 1824 war seine „Harzreise“ erschienen. (Das „Buch der Lieder“ erschien 1827.) Ludwig Börne empfahl Heine 1827 als Redakteur, und nach einer Englandreise wird Heine ab 1828 einer der Herausgeber der *Neuen Allge-*

meinen Politischen Annalen in München. Der Verleger ist Johann Friedrich von Cotta, der viele Klassiker herausgebracht hat und dabei ist, ein Zeitungsimperium aufzubauen. Heine bezeichnet sich selbst in einem Brief an einen Freund als „eine von Cottas teuersten Puppen“ (1) — daraus sprechen sowohl Selbstironie über den relativ schmalen Spielraum des Redakteurs als auch Stolz über ein relativ hohes Gehalt.

Jahrelange Bemühungen des promovierten Juristen Heine um eine Professur oder eine Beamtenstelle scheitern. 1831 geht Heine, enttäuscht über den Verlauf der Unruhen 1830 in Deutschland — in seinem Wohnort Hamburg gibt es auch antisemitische Ausschreitungen — nach Paris. Ende des Jahres beginnt er seine Korrespondenzen für Cottas *Allgemeine Zeitung* in Augsburg.

Diese Zeitung erreichte eine Auflage von 9000, später 11000 Exemplaren; jedes Blatt wurde wohl von 5-6 Lesern gelesen. Das Verbreitungsgebiet war über den süddeutschen Raum hinaus auch Österreich, die anderen deutschen Staaten und teilweise das Ausland. Vereinbart sind zwei Sorten Korrespondenzen: Großartikel und Tagesberichte. Angesichts des zunehmenden Zensurdrucks verzichtet Heine im wesentlichen auf die (namentlich veröffentlichten) Großartikel; die Tagesberichte werden anonym, nur mit einem Druckerzeichen markiert, abgedruckt. Die Zeitung hatte mehrere Korrespondenten aus Paris; es ist belegt, daß Heines Artikel teilweise von seinen Lesern am Stil erkannt wurden.

Drei Zensurinstanzen waren wirksam, wenn Heine schrieb — die Selbstzensur, die Augsburger Redaktionsleitung und der offizielle Zensor. Wie hat sich das auf seine Artikel ausgewirkt? Heine war eine bekannte Persönlichkeit, als er nach Paris ging, und von Redaktionen umworben, also hatte er einen relativ großen Freiraum — aber er war auch Flüchtling, war im Exil und also praktisch wehrlos.

Besonders bedrohlich war das Verbot der literarisch-politischen Bewegung des Jungen Deutschland am 30.12.1835. Die deutsche Bundesversammlung dekretierte:

Sämtliche deutsche Regierungen übernehmen die Verpflichtung, gegen die Verfasser, Verleger, Drucker und Verbreiter der Schriften aus der unter der Bezeichnung „das junge Deutschland“ oder „die junge Literatur“ bekannten literarischen Schule, zu welcher nament-



Heine als Mittvierziger: gemalt 1843 von Isidor Popper.

lich Heinr. Heine, Carl Gutzkow, Heinr. Laube, Ludolph Wienbarg und Theodor Mundt gehören, die Straf- und Polizeigesetze ihres Landes, so wie die gegen den Mißbrauch der Presse bestehenden Vorschriften, nach ihrer vollen Strenge in Anwendung zu bringen, auch die Verbreitung dieser Schriften, sei es durch den Buchhandel, durch Leihbibliotheken oder auf sonstige Weise, mit allen ihnen gesetzlich zu Gebote stehenden Mitteln zu verbieten.“ (3)

Dennoch gab es keine Aufkündigung des Vertrages. Das Verbot wurde nicht konsequent durchgesetzt, und es scheint kein Risiko für die Zeitung gewesen zu sein, einen verbotenen Korrespondenten zu beschäftigen. Aber selbstverständlich prägten die Zensurbedingungen jede Zeile, die Heine schrieb. Teilweise las er seine Artikel vor der Übermittlung nach Augsburg noch einmal gegen und strich, was nach seiner Überzeugung ohnehin gestrichen würde: „Sie drucken's ja doch nicht“, schrieb er einmal an den Rand; ein anderes Mal verfaßte er einen Begleitbrief: „Den einliegenden Artikel habe ich selbst zensiert, und ich hab darin so viel gestrichen daß ich Sie flehentlich bitte, mir nichts darin zu streichen.“ Nicht alle Artikel wurden gedruckt, vieles wurde verstümmelt, so daß Heine sich veranlaßt sah, dem Augsburger Redakteur Kolb in dem Erzählgedicht „Deutschland. Ein Wintermärchen“ (1844) zu verewigen:

„Das war die Rede, die ich hielt,
Ganz ohne Vorbereitung;
Verstümmelt hat Kolb sie abgedruckt
In der Allgemeinen Zeitung.“

Ironisch kommentierte Heine gegenüber Freunden die Auswirkung dieser fast lebenslangen Bedingungen des Schreibens nach Aufhebung der Zensur 1848: „ach! ich kann nicht mehr schreiben, ich kann nicht, denn wir haben keine Censur! Wie soll ein Mensch ohne Censur schreiben, der immer unter Censur gelebt hat? Aller Styl wird aufhören, die ganze Grammatik, die guten Sitten.“

Heine blieb bis zu seinem Tod in Frankreich; nur für zwei kurze Besuchs-

reisen kehrte er 1843 und 1844 nach Deutschland zurück; 1846 erhielt er keine Einreisegenehmigung für eine Fahrt nach Berlin. (2) Das *Spektrum* von Heines Zeitungsartikeln ist sehr breit gestreut über Politik und Kultur, allgemeine politische Entwicklung und persönliches Erleben. In einem seiner letzten Beiträge für die *Augsburger Allgemeine* schildert Heine seine Beobachtungen der Pariser Revolution von 1848:

„Die Franzosen sind das Volk der Geschwindigkeit. Die Heldenthaten die sie in jenen Februartagen verrichteten, erfüllen uns ebenfalls wieder mit Erstaunen, aber wir wollen uns doch nicht davon verblüffen lassen. Auch andere Leute haben Muth: der Mensch ist seiner Natur nach eine tapfere Bestie. Die Todesverachtung womit die französischen Ouvriers“ (frz.: Arbeiter) „gefochten haben, sollte uns eigentlich nur deshalb in Verwunderung setzen, weil sie keineswegs aus einem religiösen Bewußtseyn entspringt und keinen Halt findet in dem schönen Glauben an ein Jenseits, wo man den Lohn dafür bekommt daß man hier auf Erden fürs Vaterland gestorben ist. Ebenso groß wie die Tapferkeit, ich möchte auch sagen eben so uneigennützig, war die Ehrlichkeit wodurch jene armen Leute in Kette und Lurchen sich auszeichneten. Ja, ihre Ehrlichkeit war uneigennützig und dadurch verschieden von jener krämerhaften Berechnung ... Die Reichen waren nicht wenig darüber erstaunt daß die armen Hungerleider, die während dre Tagen in Paris herrschten, sich doch nicht an fremdem Eigenthum vergriffen.“ (1)

- (1) Heinrich Heines politische Journalismik in der *Augsburger Allgemeinen Zeitung*. Katalog zur Ausstellung, Konzeption Volkmar Hansen, A4, 26 Seiten, DM 15,-
- (2) Christoph Tilse, Heinrich Heine, Leipzig 1986.
- (3) Joseph Anton Kruse, Heinrich Heine: Leben und Werk in Texten und Bildern, Insel taschenbuch 615, 1992
- (4) Stephan Heym, Heines „Atta Troll“, Fischer Taschenbuch, 1986.

Paris, 3 März. Ich habe Ihnen über die Ereignisse der drei großen Februartage noch nicht schreiben können, denn der Kopf war mir ganz betäubt. Verständig Getrommel, Schießen und Marseillaise. Letztere, das unaufhörliche Lied sprengte mir fast das Gehirn und ach! das staatsgefährlichste Gedankengestühl, das ich dort seit Jahren eingefertigt hielt, brach wieder hervor. Um den Aufruhr, der in meinem Gemüthe entstand, einigermaßen zu dämpfen, summete ich zuweilen vor mich hin irgendeine heimlich fromme Melodie, z. B. „Sei dir im Eisergerang“ oder „Ach! du nur Treu und Redlichkeit“ — vergebens. Der weltliche Teufelsgefang überdröhte in mir alle bessern Laute. Ich fürchte die dämonischen Frevelklänge werden in Wäldern auch Euch zu Ohren kommen und Ihr werdet ebenfalls ihre verlockende Macht erfahren. *) So ungefähr muß das Lied geklungen haben, das der Mattenfänger von Hameln pfeiff. Wiederholt sich der große Autor? Geht ihm die Schöpfungskraft aus? Hat er das Drama das er uns vorigen Februar zum

*) Die Vertretung deutscher Nation am Bund wird als Gegenüber wissen. N. d. N. Z.

Ausschnitt aus Heines Korrespondenz aus Paris, gedruckt am 9.3.1848 in der *Augsburger Allgemeinen Zeitung*.